

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fester Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Postbestellungen entgegen. Unser Schriftband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 13.—, für das übrige Ausland M. 10.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8/9

Die wertvollste Kampfschrift über den Kampf um die Freiheit, die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fester Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Postbestellungen entgegen. Unser Schriftband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 13.—, für das übrige Ausland M. 10.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8/9

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Teilung Oberschlesiens?

Eine unklare Meldung

EE. London, 6. Oktober.

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage darf nicht zu früh erwartet werden. Den Zeitungsnachrichten zufolge nähern sich die Arbeiten der Viererkommission ihrem Ende. Der Hauptgrundgedanke dieser Arbeiten besteht darin, daß eine Teilung des Industriegebietes den Ergebnissen der Volksabstimmung Rechnung tragen müsse, wobei Deutschland die wichtigsten Städte zufallen würden. Andererseits aber muß das Gebiet aus wirtschaftlichen Gründen in seiner jetzigen Einheit bestehen bleiben. Es soll provisorisch von einer alliierten oder internationalen Kommission verwaltet werden. Gleiwitz, Beuthen, Tarnowitz und Hindenburg würden Deutschland zufallen, Königshütte und Kattowitz Polen. Die Mehrheit der Mitglieder stimmt dieser Entscheidung zu. Dennoch herrscht über sie innerhalb des Völkerbundes keine Einigkeit. Bezüglich der Zuweisung von Königshütte an Polen erheben gewisse Kreise Widerspruch. Außerdem wird erklärt, daß die wirtschaftliche Einheit der Gebiete erhalten bleiben soll, und zwar nicht nur provisorisch, sondern dauernd.

Der Inhalt dieser Meldung ist recht unklar. Sowie es scheint daraus hervorzugehen, daß eine Teilung Oberschlesiens beabsichtigt wird, trotzdem wiederholt angegeben wird, daß die wirtschaftliche Einheit des Gebiets erhalten werden soll und daß man den Ergebnissen der Volksabstimmung Rechnung tragen müsse. Königshütte und Kattowitz haben eine beträchtliche Mehrheit für Deutschland ergeben. Sollten die beiden Städte jetzt zu Polen geschlagen werden nur aus dem Grunde, weil sie am nächsten zum Gebiet von Dombrowa liegen und den beiden Kreisen Bielez und Rybnik vorgelagert sind, so würde das nur neuen nationalen Zwist hervorgerufen. Es scheint aber, als ob man zwei Wirtschaftskreise schaffen will, eins, das in der Hauptsache aus dem bisherigen oberschlesischen Industriebezirk besteht, und ein zweites aus Kattowitz und Königshütte mit dem anschließenden polnischen Hüttenrevier. Es fragt sich nun, ob die Interalliierte Kommission, die die Verwaltung übernehmen soll, sich lediglich auf das deutsche Gebiet beschränken oder ob seine Befugnis auch auf das jetzige polnische Gebiet übergrreifen soll. Da sich Polen aber kaum dazu verstehen wird, so muß man damit rechnen, daß immer neue Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten entstehen werden, deren Lösung durch Zwang nicht erzielt werden kann.

Die Wiesbadener Besprechungen

Das Abkommen abgeschlossen

Berlin, 6. Oktober.

Die Minister Dr. Rathenau und Loucheur haben heute in Wiesbaden in Vollmacht ihrer Regierungen das Abkommen über deutsche Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

In dem Hauptabkommen bekräftigen die beiden Regierungen ihren Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung beziehungsweise Bestimmung von Einrichtungen und Betriebsgegenständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfange zu bewirken. Es handelt sich mithin um Sachlieferungen im Sinne der Anlage IV des Teils VIII des Friedensvertrages.

Die Durchführung der Lieferungen soll auf beiden Seiten durch privatrechtliche Organisationen erfolgen. Die Lieferungen der deutschen Organisation laufen neben den Lieferungen des Reichs aus Anlage III (Schiffe), Anlage V (Kohlen- und Kohlenprodukte) und Anlage VI (Farbstoffe und Gemisch-pharmazeutische Produkte) zu Teil VIII des Friedensvertrages.

Zu dem Verfahren der Anlage IV zu Teil VIII des Friedensvertrages kann nach einer Kündigungsfrist von einem Jahr zurückgekehrt werden. Die deutsche Regierung darf jedoch diese Kündigung frühestens am 1. Mai 1923 für den 1. Mai 1924 ausprechen. Für die Lieferungen aus dem Abkommen gilt die Einschränkung, daß sie Frankreich lediglich für Zwecke des Wiederaufbaues verwenden darf. Die zugunsten Deutschlands beziehungsweise der Lieferungsorganisation auf Grund des Abkommens entstehenden Kredite und die dieser Organisation gehörigen, in Frankreich befindlichen Waren und Wertpapiere sind dem in § 18 der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages eventuell vorgesehenen Zugriff Frankreichs entzogen.

Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffverfügung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Leistungen auf Grund der Anlagen III, V und VI zu Teil VIII des Friedensvertrages und der Lieferungen auf Grund des Abkommens soll bis zum 1. Mai 1923 sieben Milliarden Goldmark nicht überschreiten.

Vom 1. Mai 1936 ab kann Deutschland alle Leistungen ablehnen, soweit durch ihre Ausführung der von Frankreich in einem Jahre äußersten Falles gutzuschreibende Betrag (52 Prozent der Annuität) überschritten werden würde.

Der Inhalt der Besprechungen

EE. Paris, 6. Oktober

Ein Mitarbeiter Loucheurs, der über die Ansichten des französischen Wiederaufbauministers sehr gut unterrichtet ist, machte einem Vertreter des „Journale“ über den Inhalt der Wiesbadener Besprechungen folgende Angaben: Die französischen Geschädigten werden ihre Aufträge entweder an ihre eigenen Lieferanten oder an die deutschen Industriellen abgeben. Im letzteren Falle wird eine französische Organisation der Sammelpunkt für diese Aufträge sein, die sie einem deutschen Organismus übermitteln wird. Dieser Organismus wird die Aufträge an die deutschen Lieferanten verteilen. Die deutsche Regierung hat für die Lieferung und die Bezahlung dieser Waren die Verantwortung zu übernehmen. Vom 1. Oktober 1921 bis 1. Oktober 1925 verpflichtet sich Frankreich, wenn Frankreich dafür Bedarf hat, für 7 Milliarden Ware zu liefern. Diese Summe kann sich auf 9 Milliarden erhöhen, falls diese Lieferungen gemäß Anhang 66 des Friedensvertrages ausgeführt werden. Die Kosten für diese Lieferungen werden auf das Aktivkonto der Reparationen Deutschlands gebucht werden, und zwar bis zum Jahre 1925 je eine Milliarde jährlich. Was bis zum 1. Oktober 1925 nicht bezahlt ist, soll bis zum Jahre 1935 von Frankreich bezahlt werden, ohne daß Frankreich dafür Zinsen entrichtet. Der Friedensvertrag wird durch diese Abmachungen in keinerlei Weise geändert.

Frankreich erhält weiterhin einen Teil der Reparationen in Geld, d. h. in ausländischen Devisen, wodurch sich Frankreich seine Freiheit bewahrt und es ihm gestattet ist, sich einen Reservefonds anzulegen, der den französischen Währungssturz zu stützen geeignet ist. Deutschland wird alles Heizen, dessen die Geschädigten bedürfen. Sollte es sich herausstellen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, so können sie diese Aufträge ebenso Deutschland, auch anderen Ländern oder französischen Industriellen erteilen. Die Reparationskommission hat gegen das Wiesbadener Abkommen keine offiziellen Bedenken geltend gemacht, doch erhebt England Einwendungen, von denen man jedoch erhofft, daß auch sie schnell aus dem Wege geräumt werden können. England scheint zu fürchten, daß Deutschland späterhin keinen Verpflichtungen nicht nachkommen könnte. Es sei aber klar, daß sich Frankreich in einem solchen Falle an die Seite Englands stellen würde, um die vollständige Durchführung des Friedensvertrages zu erreichen. Ferner fürchtet England, daß es von der Belieferung der besetzten Gebiete ausgeschlossen wird. Dies sei unrichtig; denn die deutschen Waren werden Zoll- und Transportgebühren zu entrichten haben ebenso wie alle aus England kommenden Waren. Die Deutschen haben ein wirtschaftliches und politisches Interesse daran, daß das Abkommen zustande kommt. Ihre Industrie, ihr Handel und damit auch ihre Arbeiterklasse werden nunmehr fortfahren können zu arbeiten, und ein Stillstand ihrer Wirtschaft wird damit vermieden. Ein politischer Grund für Deutschland liegt darin, daß es nunmehr zeigen kann, daß es Anstrengungen mache, um unferen Wiederaufbau zu fördern.

Die Höhe der Befahrungskosten

Paris, 6. Oktober.

Auf der Grundlage des Beschlusses der Reparationskommission für die Berechnung der Befahrungskosten, für die bis zum 1. Mai 1921 der Durchschnittsturz desjenigen Vierteljahres zu berechnen ist, in dessen Verlauf die Ausgabe entstanden ist, betragen diese Kosten für die Zeit vom 11. November 1918 bis 30. April 1921 in der Währung der einzelnen Befahrungsmächte: Amerika 278 067 610 Dollars, Frankreich 2 304 860 470 Franken, England 32 881 288 Pfund Sterling, Belgien 378 731 390 belgische Franken, Italien 15 297 717 Lire.

Auf Ersuchen Frankreichs hat die Reparationskommission beschlossen, die Befahrungskosten nach dem Durchschnittsturz des Vierteljahres in Goldmark anzugeben. Hieraus ergeben sich folgende Ziffern: Amerika 1 106 732 630 Goldmark 12 Pfg., Frankreich 1 276 450 838 Goldmark 42 Pfg., England 991 016 859 Goldmark 53 Pfg., Belgien 194 706 228 Goldmark 27 Pfg., Italien 10 064 861 Goldmark 29 Pfg., zusammen für die Zeit vom 11. November 1918 bis 1. Mai 1921 rund 3 Milliarden 639 1/2 Millionen Goldmark.

Die Cholera in Königsberg. Donnerstag vormittag sind in Königsberg drei Cholerafälle festgestellt worden. Eine im bakteriologischen Institut beschäftigte Frau hat sich dort infiziert und ihre beiden Untermieter angesteckt, die Frau ist bereits gestorben, einer der beiden Untermieter ist leicht, der andere schwer erkrankt.

Vor einem Thronwechsel in Japan. Nach einer japanischen Meldung aus Tokio ist der Mikado unfähig, ohne Hilfe zu gehen. Nach Blättermeldungen aus Tokio soll der Kronprinz bereits die Regentschaft übernommen haben.

Die Arbeiterbewegung in Jugoslawien

Aus Belgrad wird uns geschrieben:

Nach den Behauptungen von kommunistischer Seite und nach den Botschaften Sinowjews standen wir schon im vorigen Jahre an der Schwelle der sozialen Revolution. Nach der Meinung der Moskauer Exekutive hätten die Balkanstaaten sogar noch eine besondere historische Aufgabe gegenüber der Weltrevolution: sie hätten die revolutionäre Initiative ergreifen und so den marxistischen Philistern in Deutschland, England, Amerika und ähnlichen rückständigen Ländern zeigen sollen, wie man Revolution macht. In Jugoslawien insbesondere schienen die Aussichten für eine „kommunistische“ Revolution sehr günstig. Gleich nach den Wahlen sah es aus, als ob eine erhebliche Mehrheit der Konstituante gegen den Staat Front machen würde. Da gab es nahezu 30 „revolutionäre“ mohammedanische Feudale, die ganz auf ihre religiöse Autonomie und gegen jede Agrarreform eingeschworen waren. Da gab es über 50 kroatische Vertreter, die mit „revolutionärem“ Elan sich erhoben haben zur Verteidigung der katholischen Kirche gegen die Vorherrschaft der Orthodoxen, für Stammesautonomie und Selbständigkeit der historischen Provinzen. Was erst über die „revolutionären“ Kräfte in Montenegro, Serbien und Mazedonien Schluchten für Wunder zu erzählen wären! Und über das angrenzende Albanien, das wohl nach bolschewistischem Gedankengang berufen wäre, als erprobtes Kulturland Jugoslawiens reaktionäre Kräfte militärisch zu binden!

Aber dieser ganze Revolutionsplan scheiterte an einer Kleinigkeit: man vergaß ihn beim Polizeiminister anzumelden. Und dieser gab vor etwa neun Monaten eine Verordnung heraus, durch die die kommunistische Arbeiterbewegung verboten, Arbeiterhäuser bezieht, Zeitungen unterdrückt, Organisationen aufgelöst wurden. Dies alles ging ohne Zwischenfall vor sich und auch die „hochschlagenden Wellen der kommunistischen Bewegung“ setzten dem feinen Widerstand entgegen. Im Gegenteil, die „Wellen“ legten sich, der Sturm blieb aus, ein Ufas rettete das Land vor einer Revolution! Das heißt, die Revolution bestand bloß in den geduldeten Resolutionen und in Berichten an Moskau. Sonst noch als Gespenst in den Polizeiberichten. Das Verhältnis der sozialen Kräfte hatte sich nicht verschoben. Die große Masse der kommunistischen Nachläufer verließ sich ohne weiteres und der schmale Kreis der „begeisterten Revolutionäre“ erinnerte sich an den Punkt des Moskauer Programms über illegale Organisationen, die sie eigentlich ganz ungenügend ausbauen konnten. Die kommunistische Fraktion des Parlaments schwieg ganz würdelos und begnügte sich mit den hohen Diäten, die der Partei ihr Dasein fortzuführen erlaubten.

Was kann aber eine illegale Bewegung bedeuten, wenn die Massen gegen sie sind? Es können nicht einmal Antisite aus ihr hervorgehen, wie z. B. in Deutschland, sondern höchstens individuelle Taten der Sabotage, oder politische Morde. So sind die Attentate auf den Regenten Alexander, auf Draskovic usw. zu verstehen. Diese Morde aber lösten den vereinten Sturm der gesamten Bourgeoisie, des Kleinbürgertums und des Bauerntums auf die Arbeiterbewegung aus. Da sich gleichzeitig das Bandenwesen im Sandjhal, in Montenegro und in Mazedonien vermehrte, andererseits alle kroatischen Parteien sich zu einem Oppositionsbündnis zusammenschlossen, so sahen die Schöpfer der Verfassung ihr Werk, die nationale und staatliche Einheit der Südslawen, bedroht, und nun gab die Regierung die berüchtigte Verordnung „zum Schutze des Staates“ heraus. Diese Verordnung in ihrem Wortlaut stellt etwas Unerhörtes dar; aber für den Kenner der Verhältnisse hierzulande bedeutet sie nur einen Akt politischer Unflughet und der Blosstellung des Staates vor dem Auslande durch seine eigene Regierung. Die Verordnung war ganz und gar überflüssig. Denn gegen den wichtigsten politischen Gegner der Regierung, gegen die Separatisten, konnte sie ja kaum angewendet werden ohne gleichzeitige Proklamation der militärischen Diktatur. Wobei selbstverständlich der Erfolg mehr als fraglich wäre.

Gegen die Kommunisten aber war sie ganz entbehrlich, ja sie war ihnen sogar nützlich, weil die ohnehin unauffällige Auflösung ihrer Bewegung ohne jede Verurteilung viel klarer zutage getreten wäre. Die Verordnung hat aber auch den Kampf der Meinungen innerhalb der Arbeiterklasse unterdrückt und auf diese Art unsere marxistische Taktik und Auseinandersetzung mit den Kommunisten stark abgeschwächt. Als die Verordnung „zum Schutze des Staates“ erlassen wurde, war die kommunistische Bewegung bei weitem die ernsteste Gegnerin mehr, der Staat war von dieser Seite überhaupt nie in Gefahr. Und zur Beruhigung des Auslandes muß gleich gesagt werden, daß trotz der dreimonatigen Dauer der Verordnung hierzulande bisher niemand erschossen oder erhängt wurde, sondern daß im Zusammenhange mit den Attentaten einige hundert Leute den Gerichten zugeführt wurden und gegen sie eine endlose Untersuchung geführt wird. Um das aber zu erreichen, hätte auch der Rahmen der bürgerlichen Justiz ausgereicht. Zu der Schande des Ausnahmegesetzes kam noch die ganz unglaublich gedankenlose Annullierung der kommunistischen Mandate. Das Aus-

nahmegefehl hätte seine Begründung höchstens zur Bekämpfung des fürchtbaren Bandenwesens im Sande und in Südbayern finden können. Aber dazu bedurfte es polizeilicher und nicht politischer Maßnahmen, die dazu noch auf das ganze Land ausgedehnt wurden.

Wie steht es nun jetzt mit der Arbeiterbewegung? Da ist vor allem festzustellen, daß von dem Ausnahmegefehl die gesamte politische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse getroffen wird, daß darunter sogar die Genossenschaften und die Krankenkassen zu leiden haben. Auch der sozialistischen Bewegung ist die Tätigkeit sehr erschwert. Sie hatte sich allmählich zu einer selbständigen Partei organisiert, und jetzt besitzt die Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens ihre ausgebauten Organisationen in Serbien, Bosnien und Bosnien. Die zweite sozialistische Partei ist die S. D. Sloweniens. Beide Parteien sind der internationalen Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien beigetreten. Die dritte Partei ist die jugoslawische S. D. Ihr Arbeitsfeld umfaßt Kroatien, Slowenien und einen Teil Bosnienas. Sie sitzt noch tief in der 2. Internationale. Die allgemeine Tendenz geht auch bei uns nach dem Zusammenschluß der Arbeiterparteien. Ihre Vertreter versammelten sich im August zu einer Vorkonferenz in Belgrad. Vorsichtshalber wurden prinzipielle und tatsächliche Differenzen nicht berührt, sondern ganz schonend das Einigende gesucht. Die Triebfeder dieser Bestrebungen ist das Bewußtsein der Einflußlosigkeit der Arbeiterbewegung infolge ihrer Zerrissenheit und das praktische Bedürfnis, bei den nächsten Wahlen gemeinsam aufzutreten. Es ist ein Einigungsausschuß eingesetzt worden, und es wurde eine gemeinsame gewerkschaftliche Konferenz in Ugram abgehalten; darüber hinaus ist zur tatsächlichen Einigung nichts geschehen. Als Vorbedingung dazu gilt uns die Zusammenfassung der Gewerkschaften. Diese sind aber noch tief voneinander getrennt und die Opposition gegen ihre Zusammenfassung ist besonders auf Seite der kroatischen Verbände groß. Die bosnischen Genossen wollen zuerst eine Klärung gewisser prinzipieller Punkte, bevor an die technische Durchführung irgendwelcher Einigung geschritten wird.

Aber diese Fragen beschäftigen bloß die Klassenbewußte Oberschicht des Proletariats, die auch in der schwierigsten Zeit dem Sozialismus treu geblieben ist. Dagegen sind die Massen, die die bolschewistische Psychose mitgemacht haben, ihren Kagenjammer noch nicht los. Am leichtesten erholte sich der nationalbolschewistische Anhang. Ein Teil der Arbeiter schwante zu den Gelben hinüber. Aber es gibt noch viele, die, mit richtigem Klasseninstinkt behaftet, aus den Zerungen herauskommen möchten und den Weg zu den revolutionären Sozialisten suchen. Aber einseitig ist die Arbeiterbewegung Jugoslawiens noch arg zerrissen. Die bürgerlichen Parteien erfreuen sich eines großen Anhangs in den Arbeiterkreisen. Nationalismus und Provinzialismus zerklüften die Arbeiterklasse. Aber die zunehmende wirtschaftliche Not und die Leuerung werden das Klassenbewußtsein auch unseren Massen einhämmern. Die bereits erprobten Sozialisten haben nun die Aufgabe, möglichst wenig Energie auf innere Reibungen zu verlieren, um geeint stärker und erfolgreicher auf die noch indifferenten Klassengenossen wirken zu können.

Gedämpfte Stimmung

Zu der offiziellen Erklärung der Deutschen Volkspartei in der „National-Korrespondenz“, daß für diese Partei ein Zusammengehen mit den Unabhängigen ausgeschlossen sei, bemerkt die „Zentrums-Parl. Korr.“:

„Wenn diese Stellungnahme, wie wohl anzunehmen ist, der Deutschen Volkspartei entspricht, so dürfte u. E. die Frage der Erweiterung der Koalition nach rechts und links damit im vornehmenden Sinne entschieden sein.“

Dazu bemerkt die „Deutsche Allg. Ztg.“:

„Wenn man auch zweifelhaft sein kann, ob das tatsächlich der Auffassung der gesamten Zentrumsparlei entspricht, so ist es doch bezeichnend, daß man in gewissen Kreisen des Zentrums schon derart skeptisch geworden ist. Soviel ist sicher, daß die Verhandlungen auf einem kritischen Punkt angelangt sind, der die Gefahr näher bringt, daß sie schließlich ergebnislos verlaufen können.“

Die „Gefahr“ besteht offenbar darin, daß der Deutschen Volkspartei die Felle davonschwimmen.

Die Regierungsbildung in Preußen

Eine Schweregeburt

Die interfraktionellen Verhandlungen der vier Parteien, die über die Regierungsbildung in Preußen zusammengetreten sind, wurden gestern früh fortgesetzt. Ein Abbruch ist noch nicht erfolgt, doch soll sich in den Verhandlungen Uebereinstimmung in einigen grundlegenden Fragen ergeben haben. Die Verhandlungen sind im übrigen für streng vertraulich erklärt worden und werden im Laufe der nächsten Woche fortgeführt werden.

Wünsche der Stinnespartei

Am Sonnabend und Sonntag fand in Elbing der Parteitag der Deutschen Volkspartei für die Provinz Ostpreußen statt. Zur Frage der Regierungsbildung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Der Parteitag der Deutschen Volkspartei Ostpreußens vom 2. Oktober 1921 in Elbing ist der Ansicht, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in eine erweiterte Regierungskoalition und eine positive Mitarbeit in derselben unter der Voraussetzung, daß die Partei ihre Grundsätze nicht preisgibt, im Interesse des Vaterlandes liegt. Der Parteitag lehnt aber Reichsanwalt Wirth als Führer dieser Koalition und Steuerung als preußischen Innenminister ab, da deren Namen ein Programm bedeuten.“

Das Ende des Ausnahmezustandes

II. München, 6. Oktober.

Gemäß den Vereinbarungen mit der Reichsregierung erläßt das Gesamtministerium heute im „Bayerischen Staatsanzeiger“ eine Verordnung, der zufolge die Verordnung vom 4. November 1919 über einstweilige Maßnahmen, Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, und die zum Vollzug dieser Verordnung erlassenen eigenen Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden. Die Bestimmungen über die bayerischen Vollzugsrechte bleiben unberührt, und die Verordnung tritt mit dem 15. Oktober in Wirksamkeit.

Der „Börsliche Beobachter“ ist von der Reichsregierung neuerdings bis zum 14. Oktober verboten worden. Grund dazu waren

zwei Artikel, in denen der Reichsanwalt und einige Minister verächtlich gemacht wurden. Die beiden fraglichen Nummern der Zeitung wurden beschlagnahmt.

Münchener Drehprozesse

II. München, 6. Oktober.

Vor dem Münchener Schöffengericht kamen heute zwei Verleumdungsprozesse des Landtagsabgeordneten Erhard Auer zum Austrage. In der ersten Verhandlung wurde der verantwortliche Schriftleiter des „Börslichen Beobachters“, Karl Sommerer, wegen beleidigender Bemerkungen im „Börslichen Beobachter“ im Anschluß an die Wiedergabe des angeblichen Bahngespüchens zwischen dem Reichswehrminister Geyser und dem Landtagsabgeordneten Auer zu einer Geldstrafe von 400 M. oder einer Gefängnisstrafe von 40 Tagen verurteilt. In der zweiten Verhandlung hatte sich der verantwortliche Schriftleiter des „Miesbacher Anzeigers“, Nikolaus Ed, wegen Verleumdung Auers zu verantworten. Die Verleumdung wurde in einem Artikel „Die Politik und die Wirklichkeit“ erwidert, dessen Behauptungen sich nach den Feststellungen des Gerichts als völlig unwar erwieien. Schriftleiter Ed wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Dr. Heim als Preistreiber

Nicht die Händler, sondern die Agrarier sind die Schieber

Als nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide auch in Bayern die Getreidepreise rasch in die Höhe gingen, entstand eine große Erregung. Der Ministerpräsident von Kahr verlangte von der Reichsregierung wegen des Wuchers von norddeutschen Aufkäufern die Sperrung der Getreideausfuhr aus Bayern. Damit war eine wüste Hege gegen Norddeutschland und gegen die Reichsregierung verbunden. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß das ganze, wie wir bereits damals vermuteten, ein großer Bluff gewesen ist. Von einem gutunterrichteten Mitarbeiter aus Bayern wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben:

„Bei einer Interpellation der deutschdemokratischen Fraktion im ständigen Ausschuss des Landtags stellte nämlich der Abgeordnete Ditz, ohne Widerspruch vom Regierungssitz zu finden, fest, daß das Telegramm des Ministerpräsidenten vom 15. August, das die Hege gegen die Reichsregierung auf den Höhepunkt brachte, ohne Einvernehmen mit den zuständigen Ressorts abgeschickt worden ist, nur im Benehmen mit „unverantwortlichen“ Ratgebern und dem, daß nur ein Bruchteil des Getreideaufkaufs vom Handel, der weitaus größere Teil aber — Ditz sprach von drei Vierteln, der Landwirtschaftsminister immerhin noch von zwei Dritteln — von den Genossenschaften getätigt wurde, deren Kapitalkraft durch die Kriegswirtschaft ungeheuer gestärkt worden sei. Die mächtigste oder doch eine der mächtigsten dieser Genossenschaften ist die Zentralgenossenschaft des Dr. Heim in Regensburg, der zusammen mit dem ehemaligen Justizminister v. Koltz und dem früheren Münchener Polizeipräsidenten Boehner der böse Geist des Herrn v. Kahr gewesen ist.“

Und nun kommt gerade rechtzeitig aus Deggendorf folgende Nachricht: Der dortige Stadtrat hat sich an die Regierung von Niederbayern gewendet, um auf die Ausstellung einer unbegrenzten Zahl von Getreideaufkäufern durch die heimische Genossenschaft und die dadurch bewirkte Preistreiberlei hinzuweisen, und hat gleichzeitig auch den Staatsanwalt darauf aufmerksam gemacht, daß die Genossenschaft sechs Prozent vom Fakturenwert allein als Vermittlungsgebühr verlangt. Und nun darf man auf Interesse gespannt sein: einmal, ob sich ein bayerischer Staatsanwalt an die heimische Zentralgenossenschaft heranwagt, und wenn er es tut, was dann vielleicht noch weiteres für die Zusammenhänge zwischen ihr, den „unverantwortlichen“ Ratgebern des Herrn v. Kahr und seiner Reichspolitik herauskommt.“

Also nicht die bösen norddeutschen Händler, nicht die Judenregierung in Berlin, sondern die heimischen Genossenschaften, also die Agrarier selber, sind die Preistreiber gewesen. Wiederum ist damit ein Kapitel der agrarischen Demagogie aufgedeckt.

Eine deutschnationale Größe

Der Herausgeber der in Danzig erscheinenden deutschnationalen Zeitung „Die Ostwacht“ ist vor einigen Tagen als Entenstichel entlarvt worden. Er stand schon während des Krieges im Dienst Englands und hatte es jetzt als Redakteur darauf abgesehen, die „Reaktion mit ihren eigenen Waffen zu schlagen“. Je dümmere, verzögere und dreister er schrieb, desto lebhafter war denn auch die Zustimmung, die er aus dem deutschnationalen Parteilager erhielt. Die befreundete Presse druckte seine Schmierereien zustimmend nach. Der gute Mann — Luedcke heißt er — räumt jetzt in seinem eigenen Blatte den ganzen Latbestand ein. Peinlich muß es für manchen Deutschnationalen wirken, wenn er bei dieser Gelegenheit folgendes lesen muß:

„Solch rohes Geplär, wie ich es in der „Ostwacht“ drucken ließ, konnte nur dem wenig wählzerischen Gemüthe der Alldutschen wohl tun. Und die „Ostwacht“ tat ihnen wohl! Täglich gemann ich neue Mitarbeiter, jede Post brachte mir Lobes- und Anerkennungsschreiben. Bis ich das auf die Blödsinnigkeit der Reaktion zurückzuführen konnte. Ich habe die Blödsinnigkeit der Ermordung Erzbergers vom Stapel ließ, glaubte ich die Galie überpannt zu haben; aber nein, die Dummheit der Herren Alldutschen war doch noch größer, als ich annahm, und ich erhielt — nicht weniger als 32 Glückwünsche und Lobeschreiben aus den Kreisen Danzigs und auch des gesamten Deutschen Reiches.“

Lumpen können sich in jede Partei einschleichen. Aber bei der Deutschnationalen Partei scheinen die Lumpen den besten Wirkungsfreis zu finden. Sie brauchen nur die „nationale Flagge“ herauszuhalten, dann finden sie das blinde Vertrauen aller eingeschworenen Monarchisten.

Die russische Hungersnot

Ein Bericht Kalinins über die Lage im Wolgagebiet

Der Vorsitzende der Russischen Zentral-Exekutive Kalinin berichtete in der Versammlung des Moskauer Rates über die Einkünfte, welche er im Wolgagebiet empfangen hat:

Am größten sei das Elend im Gouvernament Samara und in der Deutschen Kommune. Es sei hier nicht einmal möglich, sich mit Surrogaten zu nähren, da sogar das Gras und die Blätter der Bäume völlig verdorrt sind. Von dem insgesamt 20 000 000 nothleidenden Menschen des Hungergebietes bedürft 10 000 000 unversäglich der Versorgung durch die Sowjetmacht. Trotz aller Hindernisse sei die ungeheure Arbeit der Herdstausaat in den hungernden Gouvernements erfolgreich durchgeführt worden. Zur Erleichterung des Kampfes gegen die Hungersnot mußte ein Teil der Bevölkerung aus dem betroffenen Gebiet ausgehoben werden. Bis zum 15. September sind 470 000 Menschen hauptsächlich nach Sibirien, Sibirien und dem Turkestan evakuiert worden.

Kalinin schloß mit den Worten: „Die von uns leistende Hilfe muß unermüßlich fortgesetzt werden und darf keinen Augenblick erlaxen. Das Unheil darf uns keinesfalls schwächen, sondern muß im Gegenteile uns noch enger zusammenschließen und unsere Kräfte steigern.“

Der ungarische Bandenrieg

Wien, 6. Oktober.

Amlich wird gemeldet: Die ungarischen Banden halten fest gegen jedes Völkerricht die offene Stadt Bruck a. d. Leitha andauernd unter Gewehr- und Maschinengewehrfener. Wie das Österreichische Korrespondenzbüro erzählt, hat die Österreichische Regierung diesen neuerlichen besonders trafen Bruch der internationalen Rechte sofort den Mächten zur Kenntnis gebracht und dagegen sehr energisch Einspruch erhoben.

Ein Bericht der Telegraphenagentur aus Wien meldet: In Wien beruht seit zwei Tagen ausgeprochenes Panikmümmung, die nicht nur an der Börse, sondern auch im großen Publikum um sich greift, das alles unternimmt, um die Österreichischen Kronen loszuwerden. Alle Geschäfte der Stadt sind überfüllt, denn es wird alles verkauft, was überhaupt zu haben ist, nicht nur Lebensmittel, sondern auch Schuhe, Kleider, Möbel zu jedem bestehigen Preis. Infolgedessen gehen die Preise ununterbrochen sprunghaft in die Höhe. Diese Stimmung wird noch durch immer stärker auftretende Gerüchte verstärkt, daß die ungarischen Insurgenten ihre Rüstungen verstärken und möglicherweise schon in den nächsten Tagen einen Ueberfall auf Oesterreich versuchen würden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle eines derartigen ungarischen Ueberfalles auch ein großer Teil der Arbeiterschaft zu den Waffen greifen würde.

Die Tagung der Friedensgesellschaft

Rücktritt von Gerlach und Quiddes

In der Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die zur Zeit in Bochum tagt, kam es über einen Antrag der Berliner Ortsgruppe auf Abschaffung der Reichswehr zu ersten Differenzen innerhalb der Leitung der Friedensgesellschaft. Der Berliner Antrag wurde von Dr. Kurt Hiller, Dr. Helene Stöcker und anderen befürwortet, während Professor Quiddes und Herr von Gerlach diesem Antrag entschieden entgegentraten. Herr von Gerlach meinte, jede Regierung müsse sich auf eine bewaffnete Macht stützen können, weil sonst die Gefahr reaktionärer und revolutionärer Putsch auszuweichen würde, die Schutzpolizei noch mehr als bisher zu militarisieren. Nicht Abschaffung der Reichswehr, sondern ihre Umwandlung nach Österreichischem Muster müsse angestrebt werden. Bei der Abstimmung über den Antrag ergaben sich 124 Stimmen für den Antrag und 42 dagegen. Professor Quiddes erklärte hierauf, daß er nicht mehr in der Lage sei, nach Annahme des Berliner Antrages die Geschäfte weiter zu führen. Ihm schloß sich mit der gleichen Erklärung Herr von Gerlach an.

Zu Anfang der Tagung erkrankte Professor Quiddes den Jahresbericht und erwähnte, daß der Deutschen Friedensgesellschaft jetzt 83 Ortsgruppen mit 11600 Mitgliedern eingeschlossen seien. Während früher Witttenberg die größte Mitgliederzahl hatte, marschierte jetzt Borsfale an der Spitze. Ueber das Thema: „Wie bekämpft der Sozialismus den Bürgerkrieg und seine Ursachen?“ sprach anstelle des verhinderten Strödel Hans Schumann-Schneider, Berlin. Nach seinem Vortrag wurde ein Antrag angenommen, der die Lösung der Streuestrage nach den pazifistischen Grundgedanken friedlicher Verständigung des Rechts und der Gerechtigkeit behandeln will. Er fordert von der Reichsregierung, jeder Sabotage durch den Besitz mit ihrer ganzen Energie entgegenzutreten und nicht zu unterlassen, um den leistungsfähigen Teil unseres Volkes in erster Linie zu belasten. Geschehe das nicht, so werde die Deutsche Friedensgesellschaft dem jetzigen bürgerlichen Reichsanwalt nicht mehr beistehen und sich unabweislich mit ihrem ganzen moralischen Gewicht auf die Seite aller Hand- und Kopfarbeiter stellen. Ein von Professor Quiddes beantragter Antrag, der in demselben Sinne auch an die Arbeiterschaft appelliert, wurde abgelehnt.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages sagte Professor Quiddes, daß er gar nicht ernsthaft mit der Annahme des Berliner Antrages gerechnet hätte. Er würde sonst zuliebe eingekerkert haben, die auch ihm die Annahme ermöglicht hätten. Das „Annehmbar“ sei für ihn unter den heutigen Verhältnissen, die Reichswehr abzuschaffen. Das Ziel, welches er verfolgte, sei dasselbe, doch müßten erst die außen- und innerpolitischen Voraussetzungen geschaffen sein für die Abschaffung der Reichswehr. Er habe mit Dr. Hiller, dem Vertreter des Berliner Antrages, eine Vereinbarung getroffen, wonach der angemessene Antrag von Berlin bestehen bleibe, doch solle ihm hinzugefügt werden, die Reichsregierung solle selbst die Vorbedingungen zur Abschaffung der Reichswehr herbeiführen. Wenn die Regierung im Innern der Macht nicht entbehren könne, so müsse die Schutzpolizei verstärkt und zu einem zuverlässigen republikanischen Instrument gestaltet werden.

Ein Vertreter von Essen und Ahrens aus Köln weigerten sich, den Vorschlägen Quiddes zuzustimmen. Sie beharrten auf der radikalsten Abschaffung der Reichswehr, ebenso auch Frau Verlen aus Stuttgart.

Hellmuth von Gerlach bestritt ganz entschieden, dem Militär Konzeptionen gemacht zu haben, aber ein demonstrativer Beschluß könne den Militarismus nicht beseitigen. Erst wenn die Exekutive des Volksbundes da ist, können wir die Abschaffung der nationalen Exekutive verlangen und durchführen. Dazu unser Land wehrlos allen Angriffen preisgegeben, könne er sich nicht hergeben. Man brauche die imperialistischen Regierungen nicht zu achten, müsse aber mit ihnen rechnen.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache wurde von einem Redner gesagt, daß ein Beschluß von 12 000 Pazifisten auf Abschaffung der Reichswehr praktisch gar keine Bedeutung habe. Nachdem Quiddes sich bereit erklärt hatte, im Vorstände zu verbleiben, wenn nicht die sofortige Aufhebung der Reichswehr gefordert werde, erklärte sich die Versammlung mit großer Mehrheit mit dem Standpunkt Quiddes und Gerlach einverstanden, die Abschaffung der Reichswehr von gewissen Vorbedingungen abhängig zu machen. Der Antrag Bochum, betreffend die Schupo, wurde dahin abgeändert, daß die Regierung aufgefordert werden soll, alle Maßnahmen zur Republikanisierung der Schupo zu treffen. Dieser abgeänderte Antrag fand dann auch Annahme.

Die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes ergab die Niederwahl von Quiddes mit 577, von Gerlach mit 200, von Frau Stöcker mit 296 Stimmen. Die Gewählten nahmen die Wahl an. Eine Reihe geschäftlicher Anträge wurde angenommen. Unter anderem der Antrag München, im Zusammengehen mit der Internationalen Frauenliga die Durchführung des Weltfriedens in die Wege zu leiten, ferner der Antrag Dortmund, die christliche Kirche zur Bekämpfung des Krieges aufzufordern.

Das Eisenbahnunglück in Frankreich. Nach einer Mitternachtsmeldung wurden weitere Leichen aus den Jugtrümmern im Tunnel von Baignolles georgen. Etwa 20 Personen lag im Krankenhaus ihren Verletzungen erliegen. Die Zahl der Toten ist bis zum Abend auf etwa 60 gestiegen.

Ein Untersuchungsaußschuß für Dypas. Auf Grund des Reichsgerichtsbeschlusses vom 24. September wurde in München ein parlamentarischer Untersuchungsaußschuß für den Dypasener Unglücksfall gebildet. Vorsitzender des Ausschusses ist der Abg. Schwarzer (Folgerische Volkspartei), stellvertretender Vorsitzender Bzen (Sozialdemokrat). Der Untersuchungsaußschuß ist für Oktober telegraphisch nach Ludwigshafen einberufen.

Wiederannahme Wladimiroffs durch Sowjettruppen. Es heißt sich nunmehr endgültig, daß Wladimiroff nach Ueberwindung verzweifelter Widerstandes der die Stadt verteidigenden weißgardistischen Truppen von roten Truppen wieder gewonnen ist. Es soll den antibolschewistischen Führern gelungen sein, während des Kampfes aus der Stadt zu entkommen. Die japanischen Truppen haben während der Kämpfe Kritik die Kontrolle bewahrt. Bei der Einnahme Wladimiroffs hat den Bolschewiken zahlreiche Jügel- und Militärgesangene in die Hände gefallen.

Preussischer Landtag

51. Sitzung, Donnerstag, den 6. Oktober.

Abg. Meyer (Komm.) beantragt, für die Opfer in Oppau fünf Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, deren Deduktion durch Kürzung der Ausgaben für die Schutzpolizei erfolgen soll. Ferner zur Linderung der Hungersnot in Rußland 20 Millionen Mark zu bewilligen, ohne Bedingungen daran zu knüpfen. — Da beide Anträge, die nach dem Antrag Meyer auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden sollten, nicht gedruckt vorliegen und außerdem Widerspruch gegen die heutige Beratung erhoben wird, ist der kommunistische Antrag erledigt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Handels- und Gewerbetriebs mit der großen Anfrage der Kommunisten über die Stilllegung der Hüttenwerke fortgesetzt.

Abg. Knoth (Komm.): Minister Fischer hat behauptet, wir wollten aus dem Oppauer Unglück nur Kapital für unsere Partei schlagen. Es ist nicht wahr, daß der Betrieb in den Verwaltungen ohne Gefahr für die Arbeiter ist. Wir müssen den Minister Fischer, da er solche Behauptungen gemacht hat, als einen Vorkämpfer des Kapitals bezeichnen. Der Minister hat wesentliche Unwahrheiten hier herbeigeholt. (Der Abg. erhält einen Ordnungsruf vom Präsidenten.)

Abg. Illmer (L. S. V. D.):

Das rohe Gelächter der Rechtsparteien, als von der Hungersnot in Rußland die Rede war, kennzeichnet die geistige und moralische Verfassung dieser Herrschaften, die bei jeder Gelegenheit ihr Christentum im Munde führen, zur Genüge. (Sehr richtig links, große Unruhe rechts.) Die jüdische Katastrophe in Oppau macht es der Regierung zur Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung eines derartigen Unglücks in ähnlichen Betrieben unmöglich zu machen. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung den Scharfmachern in den Hüttenwerken das Handwerk legt. Maßregelungen, die sich die Arbeiterschaft unter keinen Umständen gefallen lassen. Wir halten an der Einheitsfront des deutschen Wirtschaftslebens fest und lehnen wie auf politischem so auch auf wirtschaftlichem Gebiete jeden Partikularismus ab. Da die Wahrung der preussischen Verkehrsinteressen zu den besonderen Aufgaben des Handelsministeriums gehört, so möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, einen Fall zu unterziehen, der sich seit einigen Tagen in der Provinz Brandenburg abspielt. Ein gewirtschaftliches Unternehmen, der Kraftwerke in den Marken, ist seit acht Tagen durch das einseitige Vorgehen der Direktion lahmgelegt, die sich weigert, die beschiedenen Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen.

In Bezug auf die Angelegenheiten der natürlichen und künstlichen Wasserstraßen scheint es, als ob gegenwärtig Kompetenzstreitigkeiten beständen, welche Behörden in dringenden Fällen einzutreten haben. So ist beispielsweise die Oderbrücke bei Tschierzig im Kreise Jülichau in einem demotivierten Zustand, daß die Gefahr einer Katastrophe droht. Abhilfe tut dringend not. Der Herr Minister hat bei seinen Ausführungen über die Reparationsfrage die Hoffnung auf eine Revision des Versailler Friedensvertrages ausgesprochen. Durch nichts würde eine solche Revision unmöglich gemacht, als durch eine

Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts.

Diesemigen, die für die Einbeziehung einer so ausgesprochen nationalistischen Partei wie der Deutschen Volkspartei in die Regierung eintreten, handelt es sich nicht um die Revision des Friedensvertrages, sondern um die Einbeziehung einer günstigen Entscheidung in Oberschlesien. (Sehr richtig, links.)

Der Herr Minister hat seine Mißbilligung der gemeinsamen Börsenspekulation ausgesprochen. Wenn der Herr Minister diese gewissenlosen Spekulationen nicht bekämpfen will, so kann er das nicht besser tun, als daß er bei der Reichsregierung keinen Einfluß dahin geltend macht, daß möglichst bald der Geleitzchein der Reichsanleihe der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angenommen wird, der eine Bekämpfung des Börsenwuchers anstrebt. (Sehr wahr bei der U. S. V.) In Bezug auf die Frage des Lohnabbaus brauchen wir nur darauf hinzuweisen, daß eine außerordentlich sachverständige Stelle, in der vorher Herr Heffler, bevor er dazu berufen wurde, die deutschen Finanzen in Grund und Boden zu ruinieren, tätig war, daß die Deutsche Bank vor kurzem in einem in der Presse veröffentlichten Brief an einen amerikanischen Bürger das Existenzminimum für eine dreiköpfige Familie in Deutschland mit 70 000 Mark angegeben hat. (Hört, hört, bei der U. S. V.)

Wenn die wirtschaftlichen Gegenstände in diesem Hause gewissermaßen mit gedämpften Trommelschlag zum Ausdruck kamen, so wohl mit Rücksicht darauf, daß gegenwärtig

die politischen Intriganten

verschiedener Parteien auf Hilsföhen durch das Haus schleichen, um eine Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts zu erreichen, und dieser gedämpfte Trommelschlag kann nichts anderes bedeuten, als eine günstige Atmosphäre für die Fortführung dieser interessanten und so überaus geheimnisvollen Verhandlungen zu schaffen. (Sehr gut bei der U. S. V.) Die Angriffe, die von den verschiedensten Seiten auf den Achtstundentag gemacht worden sind, bedürfen im einzelnen keiner Zurückweisung. Die Arbeiterschaft sieht an dieser Errungenschaft einfach nicht rütteln, jeder Versuch auf diesem Wege wird auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Der Hinweis des Abgeordneten Esser auf die Verhältnisse bei der Berliner Straßenbahn ist objektiv unrichtig, das Gegenteil ist der Fall. Gerade die rote Mehrheit, von deren fortschrittlicher Umarmung die Deutsche Volkspartei die Berliner Straßenbahn befreien will, hat es zum ersten Mal erreicht, daß die Straßenbahn in Berlin ein wirtschaftlich rentables Unternehmen geworden ist. (Hört, hört bei der U. S. V.) Ich hoffe auch, daß die Berliner Wähler und Wählerinnen auf solche Vorwürfe, wie sie gegenwärtig gegen die sozialistische Mehrheit erhoben werden, am 16. Oktober die nötige Antwort geben werden.

Wir wünschen ferner, daß wieder ein Vertreter der freien Gewerkschaften in das Handelsministerium eintritt und Herr Fischer keine Informationen über Arbeiterfragen nicht ausschließlich von Herrn Hartmann, dem Vertreter der Hüttenwerke, sondern auch von Herrn Hartmann, dem Vertreter der Reichswirtschaftsminister Bauer dem preussischen Handelsminister besonders warm empfohlen worden ist. Was den Ausbau der Handelsflotte anbelangt, so fordern wir, daß sich

bestimmende Schlußpunkt nicht wiederholt.

das Schiffe, die mit dem Gelde der deutschen Steuerzahler erbaut worden sind, mit Riesengewinnen an das Ausland verschauert werden, und daß Herr Stinnes nicht noch mehr Schiffe mit so provozierenden Namen wie Ludendorff, Tirpitz und Hindenburg in die Welt hinausfährt und dadurch eine geistliche Entwicklung unserer Handelsflotte und unseres Außenhandels in Frage stellt. Wir lehnen es ab, der Handelshochschule in Berlin das selbständige Promotionsrecht zu verweigern, nicht nur aus grundsätzlicher Ablehnung gegen akademische Grade, die ja noch lange keinen Nachahrer besonderer geistiger Befähigung bedeuten, sondern auch in der nicht unbegründeten Überzeugung, daß es dann in kurzer Zeit außer dem Ehrendoktor der Medizin Ludendorff noch einen Dr. med. Ludendorff geben könnte wegen seiner „Beziehungen“ um das deutsche Wirtschaftsleben. Es wäre uns nützlich erschienen, wenn wir jetzt Gelegenheit gehabt hätten, zu den großen politischen Fragen Stellung zu nehmen, aber wenn gegenwärtig hinter den Kulissen eine

Verbreiterung der Koalition nach rechts

etwa erzielt wird, können selbstverständlich die Gegenstände im Munde dieses Redemehel nur stehen. Ich glaube, wir von der unabhängigen Partei und auch die Arbeiter der anderen Richtungen haben ein sehr großes Interesse daran, mindestens noch vor dem

Wie Dominicus die Orgesch bekämpft

Eine amtliche Erklärung

Der preussische Minister des Innern, Herr Dominicus, wurde gestern beschuldigt, die schlesische Orgesch begünstigt zu haben. Wir stützen uns dabei auf einen Prozeß, der in Breslau stattfand und bei dem durch die Aussage des früheren Polizeipräsidenten Liebermann erwiesen wurde, daß der Minister Dominicus die schlesische Orgesch ermahnt hatte, ihre Satzungen zu ändern, damit sie der Auflösung entgegen. Zu dieser Darstellung vertritt jetzt die „Dena“ eine amtliche „Rechtfertigung“ des Ministers. Es handelt sich um den sogenannten Heimatschutzverband „Heimatschutz Schlesien“, der der Organisation Eicherich angegeschlossen war und wie viele den monarchistischen Umsturz unter Anwendung von Waffengewalt propagierte. Als bekannt geworden war, daß die Orgesch aufgelöst werden mußte, hat der schlesische Heimatschutzverband aus seinen Satzungen die Worte „gehört zum Verbande Eicherich“ gestrichen; im übrigen blieb die Organisation unberührt bestehen. Herr Minister Dominicus gab daraufhin am 14. Juli dem Regierungspräsidenten in Breslau folgende telegraphische Weisung:

„Ersuche mit Bezug auf Bericht vom 7. Juli 3 5305 durch Polizeipräsident Schleunigt auf Heimatschutzverband einzuwirken, daß er die am 23. Juni vollzogene völlige Lösung der Verbindung mit der früheren Organisation Eicherich auch dadurch zum deutlichen Ausdruck bringe, daß er seine bereits ausgesprochene Absicht, seine Satzungen zu ändern, und insbesondere das Selbstschutprinzip fallen zu lassen, schleunigt ausführt, damit klare Verhältnisse geschaffen und so das etwa noch vorhandene politische Mißtrauen gegen ihn beseitigt. Erwarten baldigen Bericht.“

Dieses Telegramm wurde am 15. Juli 1921 von dem Regierungspräsidenten an den Polizeipräsidenten zur weiteren Veranlassung und zum Bericht bis zum 20. Juli 1921 weitergegeben. Polizeipräsident Liebermann hat daraufhin folgendes Schreiben an den Major a. D. Queiß, den Leiter des schlesischen Heimatschutzverbandes, gerichtet:

„Der Polizeipräsident
Streng vertraulich! Eigenhändig! Sofort!
An Herrn Major a. D. Queiß
hier, Kirckallee 26.“

Abchrift überfende ich ergebenst im Nachhinein zu unserer Besprechung zur gefl. Kenntnisnahme als Unterlage für Ihre Entscheidungen. Dieses Schreiben ist lediglich für Ihren persönlichen Gebrauch bestimmt und die Drahtung des Herrn Ministers darauf nicht öffentlich bekannt werden. Ich wäre für Mitteilung bis zum 18. d. M. verbunden, welche Schritte der Heimatschutzverband getan hat oder zu tun gedenkt. gez. Liebermann.“

Aus diesem Tatbestand soll sich, wie es in der Erklärung der preussischen Regierung heißt, nicht die Absicht einer Warnung der Orgesch durch den preussischen Innenminister ergeben. Der Erlaß des Ministers hätte auch nicht das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen gehabt, er sei weder als vertraulich noch als geheim bezeichnet worden, diesen Charakter habe ihm vielmehr erst der Breslauer Polizeipräsident gegeben, aber dafür sei Herr Dominicus nicht verantwortlich.

16. Oktober zu erfahren, wohin der Kurs gehen soll, ob man tatsächlich glaubt, im Bunde mit den Besitzern des Großkapitals die Not der Zeit zu heilen und der Arbeiterschaft bessere Lebensbedingungen verschaffen zu können. Wenn unsere Partei parteiübergreifend wäre, dann könnte es ihr nur lieb sein, wenn diese Koalition zustande kommt. Wir bekämpfen sie aber aus der Erkenntnis, daß die gemeinsame Sache des Proletariats, deren Wahrung uns vor allem am Herzen liegt, es erheischt, daß wir gerade im gemeinsamen Lebensinteresse der Arbeiterschaft diese Koalition unter allen Umständen zu verhindern haben. Die Demonstrationen der letzten Wochen haben es gezeigt: das Kräftebewußtsein der Arbeiterschaft ist gestiegen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse einig und geschlossen zusammensteht, so wird keine Macht der Erde imstande sein, irgend etwas Ernsthaftes gegen sie zu unternehmen. (Sehr richtig!) Wenn die Not der Zeit einer Katastrophe entgegengetrieben, dann werden nicht die Vertreter einer untergehenden Welt berufen sein, das Geschick des Volkes in die Hand zu nehmen, sondern die Vertreter der sozialistischen Parteien, die nicht rückwärts, sondern vorwärts wollen. (Lebhafter Beifall bei der U. S.)

Abg. Hartmann (Dem.): Das Handelsministerium muß den Frieden unter den sozialen Schichten befestigen. Die Mitwirkung der Arbeiterschaft kann man nicht mehr ausschalten. Wir verlangen die Wahrung der durch die Reichsregierung gewährleisteten Koalitionsfreiheit. (Redner führt Fälle von Verstößen gegen die Koalitionsfreiheit an.) Der Achtstundentag reicht für die Ausbildung der Lehrlinge, ebenso, wie er für unser Wirtschaftsleben reicht, wenn er ordentlich ausgenutzt wird.

Der Haushalt des Handelsministeriums wird bewilligt, ebenso die fünf Millionen zum Ausbau der Fach- und Fortbildungsschulen in leistungsschwachen Gemeinden; die Summe zur Förderung der nicht gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung wird auf eine Million erhöht, für die Reisen in Breslau, Köln, Frankfurt a. M. und Königsberg werden je 2 1/2 Millionen und als Zuschüsse für die Neueinrichtung von Haushaltungsschulen fünf Millionen in den Etat neu eingetragt. Ferner wurde angenommen ein Antrag, solange die Einheitschule nicht verwirklicht ist, das Fachfortbildungs- und Gewerkschulwesen weiter auszubauen. Abgelehnt wurde dagegen die Angestelltschule der Schulen und Lehrmittel, wie auch die übrigen kommunikativen Anträge, z. B. auf allgemeine Durchführung des Sechsstundenunterrichts. Die Anträge des Hauptauschusses wurden angenommen. Danach sollen z. B. mehr Frauen in der Gewerbeverwaltung beschäftigt werden; ein Vertreter des Handwerks soll als Referent ins Ministerium berufen werden, wo auch ein Beitrag aus Vertretern der wirtschaftlichen Kreise zu erlangen ist. Die Handelshochschule soll das Promotionsrecht erhalten. Die Nebenarbeit gewerblicher Arbeiter ist zu bekämpfen, der Hafen von Embden weiter auszubauen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, mit Rücksicht auf das Explosions-

lassen wir also den früheren Polizeipräsidenten Liebermann aus dem Spiele. Nehmen wir nur die amtliche Weisung des preussischen Innenministers an den Breslauer Regierungspräsidenten. Aus ihr ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die schlesische Orgesch durch Herrn Dominicus gewarnt worden ist. Es wurde ersucht, auf sie einzuwirken, die Satzungen zu ändern, als Organisation konnte sie dann weiterbestehen. Das ist die glatte Begründung eines ungeheuerlichen mißratigen Verbandes. Wenn nach dem Muster des Herrn Dominicus andere Behörden ebenso verfahren würden, dann könnte zum Beispiel der Berliner Polizeipräsident der berüchtigten Weddingtonne anraten, sich zukünftig Klub der Harmlosen zu nennen, der Justizminister könnte Massenmörder und Totschläger empfehlen, sich als Bagdassen zu bezeichnen, und eine Räuberhöhle müßte der Verfolgung entgegen, wenn sie vor ihrem Hause ein Schild aushängt mit der Aufschrift: „Hier wohnen friedliche Leute!“

Herrn Dominicus müßten gerade als preussischen Minister des Innern die Bestimmungen der Entwaffnung und Auflösung der Orgesch genau bekannt sein. Seine Pflicht war es, rücksichtslos für die Auflösung dieser illegalen militärischen Verbände einzutreten. Denn nicht auf die Änderung des Namens und der Satzungen der Orgesch kam es an, sondern auf ihre Zusammenziehung und auf ihren Charakter. Es liegt hier ohne Zweifel die grobe Pflichtverletzung eines Ministers vor. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß sich jetzt noch die Orgesch in Schlesien so wohl fühlt und zu einem großen Gefahrenpunkt für die Republik geworden ist. Herr Minister Dominicus ist deshalb für alle Folgen verantwortlich zu machen, die sich aus dem Treiben der schlesischen Verschwörer- und Räuberbanden ergeben. Daß ein solcher Minister noch länger auf seinem Posten bleiben kann, daß er nicht von selbst die Konsequenzen zieht und zurücktritt, ist ein politischer Skandal allerersten Ranges, der nur deshalb keine Welle der Empörung hervorruft, weil das deutsche Volk derartige Skandale schon zu zahlreich erlebt hat, daß es abgestumpft ist.

Sollten aber nicht weitestens politische Sauberheitsgründe Herrn Dominicus zum Gehen veranlassen? Und was sagt die Demokratische Partei zu einem derartigen aus Ihren Reihen hervorgegangenen Minister? Wie vertügt sich ihr beharrliches Schmeigeln mit dem Schutze der Republik, den sie anzustreben vorgibt?

Ein Stadtbrief gegen Ruge

Der Staatsanwalt beim Landgericht Breslau hat gegen den früheren Privatdozenten Arnold Ruge aus Heidelberg einen Stadtbrief erlassen. Ruge war der Leiter einer schlesischen Nachrichtenstelle, die mit der Münchener Mörderorganisation zusammen arbeitete. Er war vor einigen Wochen verhaftet worden, wurde aber sofort wieder freigelassen. Jetzt beschuldigt ihn der Stadtbrief des Oberstaatsanwalts nicht nur der Geheimbündelei und des unerlaubten Waffenbesitzes, sondern auch der Urkundenfälschung und des versuchten Mordes. Sowie wir wissen, hat sich Ruge nach München gewandt. Er hat nach dort auch das wertvolle Aktenmaterial mitgenommen, während der Polizei bei der Hausdurchsuchung nur ein paar wertlose Papiere in die Hände fielen, da die duffen Brüder, rechtzeitig gewarnt, alles Wertvolle besorgt geschafft hatten.

unglück in Oppau, die Unfallverhütungseinrichtungen zu verbessern. Dem Verkehrsamt wurde ein Antrag auf weiteren Ausbau des Elbinger Hafens überwiehen. — Auch der Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde genehmigt.

Bei der zweiten Beratung des Haushalts der Münzverwaltung wendet sich Abg. Müller-Breslau (Soz.) gegen die Verwendung des preussischen Adlers auf deutschen Münzen. (Unruhe rechts.) Die scharfen Krallen des Raubvogels haben Deutschland ins Unglück gestürzt. Als Republikaner haben wir dafür zu sorgen, daß solche schmutzigen Symbole verschwinden. (Lebhafter Beifall rechts — Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Haushalt wird bewilligt. — Angenommen wird ferner der Haushalt der Postzellanmanufaktur unter Erhöhung der Summe von 20 000 Mark auf 100 000 Mark für Erweiterungsbauten.

Es folgt der Haushalt des Geleissammlungsamtes mit der Entscheidung des Hauptauschusses, zu prüfen, inwieweit der Haushalt des Staatsanwalts ertragsreicher und durch Einführung einfacher kaufmännischer Buchführung übersichtlicher gestaltet werden kann. Der Haushalt wird angenommen.

Zum Haushalt der Lotterieverwaltung beantragen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, daß die Präsidentenstelle künftig wegfallen soll. Ein kommunistischer Antrag fordert Einstellung der Lotterie, zum mindesten Verwendung der Ueberschüsse nur zu Wohltätigkeitszwecken. Der Haushalt wird genehmigt.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr: Kleine Vorlagen, Rest von heute.

Das Hebammengesetz

Abänderungsvorschläge der Hebammen

Die vom 20. Delegiertenkongress der Vereinigung Deutscher Hebammen und der 9. Hauptversammlung des Preussischen Hebammenverbandes am 1. bis 4. August 1921 in Augsburg in Auftrag gegebenen Abänderungsvorschläge zum Hebammengesetz über das Hebammenwesen in Preußen liegen nunmehr im Wortlaut vor. Dem entnehmen wir folgendes:

„Der Entwurf erfüllt die seit langen Jahren von der preussischen Hebammenchaft erhobenen Forderungen nach einer den Verhältnissen angemessenen Vergütung ihrer im Dienste der Volkswohlfahrt geleisteten Arbeit und nach Verbesserung für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters keineswegs. Die jetzt entworfenen Hebammenchaft fordert in der Hauptsache die feste Anstellung und Gewährung im Gehalt mit den Stützangeführerinnen. Der Hebamme muß eine angemessene Wohnung, möglichst mit Bad, zugewiesen werden. Da es in der Zeit der schwierigen Wohnungsverhältnisse einer Hebamme fast unmöglich ist, eine für ihren Beruf notwendige Wohnung zu erhalten, sollen die Gemeinden und Wohnungsämter angewiesen werden, bei den Wohnungszuweisungen die Hebammen in erster Linie zu berücksichtigen. Im Interesse der Volksgesundheit fordert die Hebammenchaft, daß die Hebammen in den Städten nicht mehr als 60 bis 70 und auf dem Lande 35 bis 40 Geburten leisten dürfen. Das Mindesteinkommen ist nach der Teuerungsklasse zu bestimmen, zu der der Wohnort der Hebamme gehört. Er beträgt für Orte in der 1. Teuerungsklasse 12 000 M., für Orte in der 2. Teuerungsklasse 9 000 M., für Orte in der 3. Teuerungsklasse 8 000 M.“

Für die Zeit, in der die unmittelbaren Staatsbeamten Ausnahmestellen in der 3. im Inkrafttreten des Gesetzes festgesetzten Höhe Gehalt erhalten, beantragt die Hebammenchaft dieselbe Regelung. Die Probezeit einer Hebamme darf ein halbes Jahr nicht übersteigen. Die bereits tätige Hebamme unterliegt keiner Probezeit.“

Landtagseröffnung in Thüringen. Der neue Landtag wurde Donnerstag den 10. September 1921 in Weimar eröffnet. Zum Präsidenten wurde der re. sozialdemokratische Abgeordnete Dr. L. B. B. gewählt, zum 1. Vizepräsidenten der Abg. Baum (Ländl. Bauernbund) und zum 2. Vizepräsidenten der Abg. Drechsler (U. S. V.) gewählt. Die Wahl der Regierung wird vertagt.

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr

- Schulaula Littenauer Straße.
- Moabitte Gesellschaftshaus, Widostraße 24.
- Gewerkschaftshaus, Eberlauer (gr. Soal).
- Nationalhof, Wilmsstraße.
- Viehholzbörse, Wendenstraße.
- Schulaula Friedenstraße 16.
- Reichenbergers, Eike Forster Straße.
- Röpenicker Straße 2.

Frauen-Wähler-Versammlungen

- Schulaula Strecker Straße 42.
- Öpenick: Schönheuer, Frenckstraße 5.
- Referenten sind die Genossen Sühlig, Dettmer, Raab, Reimann, Rosemann, Rosin, Teske, Rubell und die Genossinnen Ella Seger und Clara Wegl.

Das Jugendhilfswerk der Einheitsgemeinde

Die Gegner des sozialistischen Berlin haben es ausgezeichnet verstanden, ein düsteres Bild von dem größten Gemeinwesen der Welt zu entwerfen, wobei sie durch die Passivität der Gegenseite unterstützt wurden. Ihre skrupellose Agitation, betrieben nach der Methode: „Verleumde frisch drauf los, es bleibt schon etwas hängen“, hat die kulturelle Arbeit Berlins derart überschattet, daß sie der breiten Masse der oberflächlichen Beobachter nicht erkennbar wird. Und doch hat Berlin seit der Herrschaft der sozialistischen Mehrheit auf sozialem Gebiete Einrichtungen geschaffen und Leistungen vollbracht, die auch in dieser Hinsicht den Ruf Berlins als Weltstadt durchaus rechtfertigen. Die sonst so gesprächige bürgerliche Presse hat sich darüber freilich mit Unacht ausgehört; denn hier hätte sie nicht nur berichten, sondern anerkennen und loben müssen. Vor allem in der Jugendpflege und Jugendhilfe hat Berlin im letzten Jahre eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet.

Weit über den Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen hinaus hat das sozialistische Berlin sich der pflegebedürftigen, der eltern- und führerlosen und vom Schicksal hart getroffenen Kinder und Jugendlichen angenommen. Die in Berlin so außerordentlich zahlreichen Kinder, die der mütterlichen Liebe entbehren müssen, hat die Stadt in einer Weise betreut, wie leider zahlreiche Arbeitereltern es ihren Kindern gegenüber in materieller Hinsicht nicht können. Freilich, die wärmende Sonne der tatsächlichen Mutterliebe ist unerlässlich.

Die Kinderfürsorge

der Stadt an den elternlosen, unehelichen, sittlich gefährdeten und hilfsbedürftigen Kindern beginnt schon bei der Geburt und erstreckt sich bis zum vollendeten 21. Lebensjahr. Die Zahl der vom Vormundschaftsamt betreuten Minderjährigen ist von 18 340 im September 1920 auf 19 836 am 31. August d. J. gewachsen. 400—500 uneheliche Kinder werden gegenwärtig monatlich geboren, gegen 500—600 in der Vorkriegszeit. Das Vormundschaftsamt nimmt sich ihrer sofort an.

Die Minderjährigen werden entweder in Krippen, Säuglings-, Kinderheimen oder in Einzelpflege untergebracht; sie unterliegen aber sämtlich der ständigen Aufsicht und Kontrolle von Ärzten und Pflegerinnen. Für 229 Kinder konnten im letzten Jahre Adoptionsstellen ermittelt werden. Bevor ein Kind adoptiert werden darf, werden diese in Bezug auf ihre Eignung als Pflegeeltern einer sorgfältigen Untersuchung unterzogen.

Die werdenden Mütter werden durch eine besondere Schwangerenfürsorge in gesundheitlicher und rechtlicher Beziehung beraten und auch wirtschaftlich durch Gewährung von Nahrungsmitteln und Milchgeldzuschüssen unterstützt. Die Schwangerenberatungsstellen wurden im letzten Jahre von 17 246 werdenden Müttern aufgesucht.

Berlin sorgt aber nicht nur für die verwaisten und der Armenverwaltung anheimgefallenen Kinder. In weithertigster Weise werden auch Säuglinge und Kinder, die durch die wirtschaftlichen oder gemehrlichen Verhältnisse der Eltern der Pflege entbehren müssen, oder auch solche, die unter unglücklichen wirtschaftlichen und sittlichen Verhältnissen im Elternhause leiden, von der Stadt in Pflege genommen, teils in Säuglings- und Kleinkinderfürsorgeheimen oder in Familien. Die Kinder, die körperlich oder geistig anormal sind und besonderer ärztlicher oder erzieherischer Pflege bedürfen, werden in Heime für Schwachsinrige oder in Pädagogischen Anstalten untergebracht. Erst kürzlich hat die Stadt Berlin dank der Initiative der Genossin Wenzl in Lichterrade ein Heim für 100 schwachsinrige Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren und ein Heim für körperlich und geistig zurückgebliebene Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren geschaffen, die beide in einem 22 Morgen großen waldreichen Park gelegen sind und somit zur gartenbaulichen Betätigung der Kinder und Jugendlichen hinreichend Gelegenheit bieten. Außerdem besitzt die Stadt in Tempin (Uckermark) ein Heim für 30 pädagogischen Knaben im Alter von 6—14 Jahren. Die pädagogischen Waisenhäuser in Berlin und Rummels-

burg dürfen sowohl in wirtschaftlicher und hygienischer, wie auch in pädagogischer Beziehung als musterhaft bezeichnet werden. Im besonderen Maße wurden dank der Bemühungen unserer Genossen in der

Fürsorgeerziehung

grundtätliche Änderungen getroffen. Berlin besitzt für Fürsorgeerziehung, die Anstalten Lindenhof, Struveshof, Kleinboeren, Zehlendorf und Brandenburg a. S. In diesen Anstalten werden ca. 600 Jugendliche erzogen. Unsere Genossen haben es durchgesetzt, daß in den Anstalten nicht mehr geprügelt werden darf. Die Heime Lindenhof und Struveshof haben ja bereits einen weit über die Grenzen Berlins hinausgehenden Ruf von Mustererziehungsanstalten erlangt. Obgleich Berlins Anstalts-erziehung als relativ gut bezeichnet werden kann, so wird dennoch mit Recht versucht, die Jugendlichen davor zu bewahren, da der Erziehung des Fürsorgebedürftigen in einer für ihn besonders ausgelegten und geeigneten Familie unter Beistand eines Jugendpflegers der Vorzug zu geben ist. Zurzeit befinden sich 11 000 Kinder in Fürsorgeerziehung. Die Ausgaben Berlins hierfür dürften sich für das Jahr 1921 auf ca. 15 Millionen Mark stellen.

Berlin bietet für führerlose Jugendliche einen gefährlichen Boden. Es ist bekannt, wie viele Jugendliche, durch irgendwelche Lockungen veranlaßt, Berlin aufsuchen und hier gar zu leicht verderblichen Elementen in die Hände fallen. Um hier helfend eingreifen zu können, hat das Jugendamt eine besondere

Jugend- und Wohlfahrtsstelle

geschaffen, die ihren Sitz im Volkspolizeidirektorat hat. Diese nimmt sich der obdachlosen Jugendlichen an, um für ihre geeignete Unterbringung und Arbeitsbeschaffung zu sorgen. Allein im letzten Winterhalbjahre haben sich 1636 Jugendliche bei dieser Wohlfahrtsstelle gemeldet. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der gemeldeten Fälle 2147, im Jahre 1921 aber 12 305. Dieser Einrichtung ist die Fürsorge für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen angegliedert.

Den straffällig gewordenen Jugendlichen wird durch die Jugendgerichtshilfe und Schulaufsicht Beistand gewährt. Im Falle der Verurteilung, die mit Bewährungsfrist erfolgt, wird die Schulaufsicht ausgeübt.

Sowohl bei der Waisenfürsorge wie auch bei der Jugendfürsorge übersteigt Berlin bei weitem seinen gesetzlichen Pflichtkreis. Darin zeigt sich der soziale Wert des sozialistischen Einflusses.

Es kommt ja nicht nur darauf an, einer lästigen Pflicht zu genügen, sondern vielmehr darauf, aus den Kindern des Unglücks und Schicksals brauchbare Menschen zu machen. In noch weit stärkerem Maße zeigt sich aber auf dem neuesten Nebenzweige des Jugendamts, der

Jugendpflege

die überragende Bedeutung der sozialistischen Leistung. Was das Jugendamt auf diesem Teilgebiete im letzten Jahre geleistet hat, steht tatsächlich in Deutschland einzig da. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß gerade in dieser Hinsicht der Etat dem Latendrang des Jugendamtes erhebliche Einschränkungen auferlegt hat. Unter Berücksichtigung dieser finanziellen Schwierigkeiten gewinnt die geleistete Arbeit einen entsprechend größeren Wert. 75 000 Kinder und Jugendliche wurden im letzten Jahre durch Vermittlung des Jugendamtes zur mehrwöchentlichen Erholung an die See, ins Gebirge oder in einzelne Landespflegeheime geschickt. Der Aufenthalt der Kinder in den Landespflegeheimen betrug drei Monate. Das Resultat, das in gesundheitlicher Beziehung hiermit erreicht wurde, ist außerordentlich gut. Bei der großen Zahl der in Frage kommenden Einzelpflegeheime ist es zwar nicht immer zu vermeiden, daß die Kinder zuweilen in unechte Hände gelangen, obgleich sie sämtlich der Kontrolle von dem Jugendamt bestellten Vertrauensmännern unterstehen. Jede einzelne dieser Beschwerden wird nach-

geprüft, und falls sie sich als berechtigt erweist, werden diesen Stellen keine Kinder mehr zugewiesen.

Das Jugendamt hat sich ferner bemüht, die

Schulspeisung

zu fördern, abgesehen nur beschränkte Mittel hierfür zur Verfügung stehen. Die Zahl der täglich an der Mittagsspeisung in den Schulen teilnehmenden Kinder ist gestiegen von 3100 im April 1920 auf 10 430 im März 1921. Zirkel 1000 Kinder werden täglich gegen Entgelt gespeist. Ein zweites Frühstück erhielten im Winterhalbjahr 1920/21 täglich zirkel 5000 Kinder, wofür den Schulen ein Betrag von 60 000 M. zur Beschaffung der Lebensmittel bereitgestellt worden ist. Auch die Wiedereröffnung der durch die Kohlennot geschlossenen Badeanstalten ist vom Jugendamt mit Energie gefördert worden. Mit besonderer Liebe wurden die

Leibesübungen für Kinder

gepflegt. In den Sommermonaten, von Mai bis September, fanden Ferienspiele für Knaben und Mädchen auf 24 Spielplätzen an zwei Wochentagen unter Aufsicht geeigneter Leiter und Leiterinnen statt. Für schulpflichtige Gemeindegeldkinder standen besondere Spielplätze zur Verfügung, die weiter erheblich ausgebaut worden sind. Auch für geistige Anregung wurde in der Ferienzeit auf den Spielplätzen gesorgt. Jeder der größeren Plätze erhielt eine kleine Bücherei. Auf 10 Spielplätzen sind Freilichtbühnen erbaut worden, auf denen Märchenstücke und Komödien zur Belustigung der Jugend zur Darstellung gelangten. Für die Kinder des Plages im Plänterwald wurde eine Badegelegenheit geschaffen. Während des Erholungsurlaubes vom 13. Juni bis 9. Juli besuchten 283 013 Kinder an 24 Tagen die Spielplätze (durchschnittlich täglich 11 791). Auf diesen Plätzen wurden den Kindern täglich zwei Unterrichtsstunden geboten. An den Ferienspielen nahmen 555 233 Kinder teil (durchschnittlich täglich 23 133).

Die Schaffung neuer Sport- und Spielplätze wird vom Jugendamt fleißig betrieben. Von den Bezirksämtern liegen zur Zeit 56 Projekte vor, die bereits überprüft sind, und, wenn möglich, wenigstens teilweise ausgeführt werden sollen. Auch Vorbereitungen für neue Spielplätze auf Bismarckwerder und dem Bioniersübungsplatz in der Hafenhelde sind getroffen. Zur Förderung des rechten Jugendwanderns hat das Jugendamt eine Wander-Ausflüge eingerichtet, die den Führern mit Rat und Tat zur Seite steht.

Die Ausgaben für Jugendpflege

und Leibesübungen betragen nach dem Etat 19 Millionen Mark, die für Jugendfürsorge 27 Millionen, Waisenfürsorge 22 Millionen, Vormundschaftsamt 1,1 Millionen, allgemeine Abteilung 5 Millionen Mark. Alle diese Zahlen beziehen sich nur auf die frühere Stadt Berlin, die jetzigen Bezirke 1 bis 6, wie überhaupt die Tätigkeit des Jugendamts sich nur auf diesen Kreis erstreckt. Die Reorganisation des Jugendamts entsprechend den neugeschaffenen Bezirken wird gegenwärtig betrieben.

Die Resultate der Arbeit an der Jugend

lassen sich freilich nicht in Scheffeln messen. Nur allmählich und für den Fernstehenden kaum merklich reifen die Früchte dieser Arbeit heran. Aber sie bleiben nie aus!

Immer wieder drängt sich, bei Würdigung dieser in einer Zeit unerhörter Finanznot geleisteten Jugendarbeit, die Frage auf:

Was hat Berlin in dieser Beziehung früher getan, als ihm finanzielle und sachliche Mittel in reichlichem Maße zur Verfügung standen, als es spielend leicht Einrichtungen für die Jugend schaffen konnte, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen mühsam errungen werden müssen? Ja, damals, unter der bürgerlichen Herrschaft, leistete Berlin nicht mehr, als das Geleth gebot.

Die Fürsorge für die Jugend überließ es gern privaten Leuten und Vereinen, die, wenn auch mitunter im einzelnen Gutes

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(W. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Warum hegte und marterte er sich nun in der Heimat? Die Heimat war's und das Kind. Er liebte dies kleine Tier, das ihn vielleicht später für seine Liebe bespitzte, wie ihn die Mutter bespitzte. Er liebte es mit einer demütigen und schwachen Liebe, deren er sich vor sich selber schämte. Alles tat er des Sohnes halber, er arbeitete, er kaufte, er verkaufte, alles für ihn.

Die Tatkraft, der Mut, der Glaube an sein Können, waren geschwunden; er ging gebeugt und in schweren Sorgen umher. „Großvater“, höhnte seine Frau. „Möchte sie neben ihm hergeiern! Wenn das zu ihr gehörte, ihn socht es nicht an. Nur vor dem Winter fürchtete er sich: allein mit ihr in dem großen Hause, dem Winter, den er zum erstenmal ohne Pläne, ohne ein Vorwärtsschauen, in dumpfem Brüten verbrachte.“

Die Vergangenheit erwachte; das alte Haus wurde lebendig. Peter schlief von Stod zu Stod, von Zimmer zu Zimmer. Er stand in eisiger Kälte in seinem alten Knabenzimmer und erlebte seine traurige Jugend wieder; er quälte sich selbst und ließ alles noch einmal durch seine Seele gehen.

So kam allmählich der strenge Winter, und er kam mit bösen Winden und großen Schneewehen. Peter mußte alle Kräfte zusammennehmen, um nur einen Gang frei zu halten, daß sie zu Holz und Wasser kamen.

Hatte er das saure Tagewerk getan, das er jeden Tag von neuem beginnen mußte, denn es schneite unaufhörlich zu, so lag er am Boden und schwächte allerhand nährreiches Zeug in seinen Jungen hinein; er erzählte ihm mit leiser Stimme von früher, von drüben, er fand Märchen und Spiele. Über Rätchen suchte ihm stets das Kind roh wegzureißen. „Geh weg! von dem Narren. Willst du auch so ein unnötiger Narr werden wie der?“ schrie sie das Kind an, das sich weinend an den Vater klammerte.

Peter sprach kaum das Nötigste mit Rätchen; er hörte nicht auf ihre wüsten und rohen Worte.

An einem frostigen Sonntage, der Schnee lag meterhoch, und es war der erste Tag, an dem keiner fiel, kam Eugenie Thomann im Schlitten an. Sie war im Trauerkleid und sah mager aus; aber ihre Backen waren rot von der Kälte, und ihre Augen glänzten, als sie Peter sah, der beim Geklingel des Schlittens vor die Türe trat, verfinstert und verbittert.

Eugenie litt es nicht im Schlitten; sie sprang heraus und trotzdem sie den verwirrten Kopf Rätchens hinter den Scheiben lauern sah, faßte sie seine Hände.

„Mein Vater ist tot, Peter.“ sagte sie.

„Ich fühle keine Schuld.“ antwortete Peter abweisend.

Eugenie nahm sich zusammen, obwohl ihr die Tränen in die Augen kamen.

„Ich sag's Ihnen auch nur, damit Sie nicht mehr an ihn denken beim Arbeiten, damit Sie nicht beeinflusst sind.“ und als er die Stirne kraus zog: „damit Sie ganz frei sind, Peter, denn Koff geht fort.“

„Frei?“ sagte er, und unwillkürlich sah Eugenie nach dem Fenster, hinter dem sie vorhin Rätchen gesehen.

„Fühlst du das jetzt?“ fragte sie leise, und nun lächelte sie.

„Du uns bist du frei.“

Die Thomanns haben also das Feld geräumt.“ bemerkte Peter ingrimmig, aber sein Ton war müde, auch gleichgültig, so daß ihm Eugenie fest die Hand drückte: „Ich nicht, Peter, ich bleibe hier; mich müßt du schon haben, und du sollst mir alles sagen, wenn du Hilfe brauchst.“

„Nein, Eugenie, jetzt nicht. Es ist alles so mir und dumpf um mich; ich muß erst zu mir selber kommen, ich muß erst sehen, ob ich noch etwas wert bin. Dann — ja hörst du?“ Peter gebrauchte wie sie das Du nun selbstverständlich.

So standen die beiden hochgewachsenen Menschen und sahen sich fest an. In Eugeniens Augen kam ein Glanz und in Peters Blick ein Glücken, doch er senkte den Kopf.

„Du, Peter, laß dich nicht so gehen, du bist vernachlässigt und nicht raffert, ein weicher, frauenhafter, sorgender Zug kam in ihr strenges Gesicht, ein Zug, der es fast rührend machte: „Du!“ Peter hatte es hilflos und stotternd herorgehört, da hörte er drinnen eine weinende Kinderstimme, eine Türe wurde krachend zugeschlagen: „Leb wohl.“ sagte Eugenie traurig, und Peter stand und sah der schwarzen Gestalt im Schlitten nach, die in dem Weich ringum immer kleiner und kleiner wurde, wie wenn es sie aufzehrte, und endlich wie eine Vision gänzlich entwand.

Der Himmel war strahlend gewesen, voll Glanz und tiefster Bläue, nun kam ein weißlicher Hauch wie ein Schleier über ihn; leise und geheimnisvoll spannten sich leichte Nebel darüber, rüdte sagte vorwärts, wurden dichter; zuletzt wurde es ein Schneereiben, wie es die vergangenen Tage gewesen.

Und so ging's nun weiter, tagelang. Peter war mit finsternem Gesicht in sein unwirkliches Haus zurückgekehrt und hatte kein Wort mehr gesprochen. Der Schnee reichte bald bis

an die halben Scheiben, es war dunkel und dumpf in den Stuben, kein Ton der Außenwelt drang herein; sie waren wie begraben und vergessen.

Es brütete wie ein schweres Unglück über dem Hof. In einer Nacht brüllte die Kuh fortwährend kläglich, und der Hofhund heulte, daß ihn Peter abfettete und in das Haus ließ, wo er sich sofort winselnd unter ein Bett verfracht. Oh, es war kein Hund, wie sein alter, treuer Grauer! Eben nur ein Hund, wie ein anderer, ein verschlagenes, verprügeltes, von den Knechten herumgestoßenes Wesen, das vor ihm kroch, und für das er nicht einmal ein Gefühl des Mitleids aufbringen konnte. Wenn es sein alter Kamerad gewesen wäre!

Und es schneite und schneite. Nur zu, nur zu! Das war Peter recht so, alles sollte der Schnee begraben, dann nahm er seinen Steden und schritt darüber weg. O, er hatte gut Bilder beschworen! Er sah sich auf der hart gestrorenen Straße weiter, immer weiter wandern, zwischen Berg und hohen Felsen hin, bis es flacher und flacher wurde, und endlich das Meer kam. Aber da tief ihn eine Kinderstimme. — Wenn er es nahm, auf den Arm nahm und mit ihm fortging, weit übers Meer? Er hätte schreien mögen vor Glück. Das war's! Das gab ihm ein neues Leben. Es war, als hätte er den kleinen Körper schon im Arm und müsse ihn schützen vor der Kälte und fest an sich drücken.

So schloß er bis in den hohen Morgen.

Als Peter herunterkam, fand er Rätchen vor einem großen Zuber Wäsche, den sie in die Wohnstube geschleppt und neben ihr den Kleinen, der verschüchtert und verweint aussah und erst nach langem Zögern zu ihm hintrippelte.

Rätchen rührte sich nicht, ja es war ihm, als läche sie ihn aus.

„Bring mir Kaffee und Brot.“ herrschte er sie an, doch sie rührte sich nicht.

Als er zu schreien und zu schimpfen anfang, ging das Kind mit unbeduldsamen Schritten von ihm zur geschloffenen Mutter. Die Frau fuhr auf und stieß den Kleinen zurück, daß er taumelte und, von dem Stoß mit aller Wucht getroffen, auf den großen eisernen Ofen aufschlug und ohne Laut zu Boden fiel.

„Was hast du gemacht?“ stotterte Peter und stürzte auf das Kind zu, um es aufzuheben. Es wurde ihm schwarz vor den Augen. Da lag es vor ihm ohne Leben, nur mit einer kleinen Wunde in den Schläfen, und als er's in die Arme nahm, baumelte der Kopf zur Seite.

(Schluß folgt.)

leidend, doch oft auch Nebenabsichten mit ihrer Fürsorge bezwecken. Es mußte erst ein vorwiegend sozialistischer Einfluß in der Verwaltung geschaffen werden, um hierin Bremsen zu legen. Und noch heute werden von bürgerlicher Seite der Jugendarbeit die erdenklichsten Schwierigkeiten zu bereiten versucht.

Die Reichshauptstadt darf in der Tat stolz sein auf diese Leistungen sozialistischer Initiative und Kraft. Die Arbeiter, die Mütter und die Jugendlichen haben es in der Hand, am 16. Oktober zu entscheiden, ob Berlins großes Hilfswort für die Jugend zum Stillstand kommen oder weiter entwickelt werden soll.

Stadtrat Max Peters.

Vornehme Hilfslosigkeit

Wie bei jedem Streik machen die bürgerlichen Blätter natürlich auch gegen die Gasthausgehilfen Stimmung. Die Feuilletonisten vollends sind in Ekstase geraten. Was für farbige Schilderungen lassen sich nicht aus den vornehmen Damen verfertigen, die einmal selbst ihr Bett machen müssen. Und dann die Schieber, die ohne ihrer Bäuche zu achten, persönlich ihre Koffer ans Auto schleppen! Da bleibt kein Auge trocken!

Brillantengeschmückte Damen spielen mit Geschick und nicht ohne Humor die ihnen aufgezwungene Rolle des Zimmermädchens, küssen die Betten, fegen den Boden, bereiten auf dem Spiritusföcher das Morgenfrühstück, während ihr Partner leidend den Haus- und Stiefelputz mimt.

Stille schleicht durch die Stockwerke. Nirgends ein Klingeln. Kein Aufen. Kein Hasten. Ein graubärtiger Herr, ausländischer Diplomat, kommt die Treppe herauf, schwer bepackt mit weißen Latex und Bettbezüge. Ob er die diplomatische Aufgabe lösen wird, sein Nachtlager für einen traumlosen Schlaf herzurichten?

Das ist die klagende Stimme der „B. Z.“, die gerade zur rechten Zeit erscheint, um mit ihrem Mitleid die knurrenden Magen zu trösten. Und erst die Kälte! In ungeheizten Räumen müssen die Damen ihre nur aus Decolletés bestehenden Kleider durchwehen lassen. Der Herr Direktor, der, wie die „B. Z.“ zu erzählen weiß, heute — mit Monokel natürlich — selber die Arbeit des Portiers macht, hat sich in seinen dicksten Anstrich gehüllt; alles reißt sich die Hände und steht sich nach einem Streikbrecher um, der wenigstens einen Hennessy zur Erwärmung serviert.

Du denkst, lieber Leser, daß Du auch noch nicht geheizt hast, daß die Kohlen teuer sind, und daß die vornehmen Leute doch sonst so „patriotisch“ sind? Aber, lieber Leser. . . !

Die Margarine wird noch teurer

Nicht zufrieden mit den Riesengewinnen, die sie bisher scheffeln konnten, benutzen die Margarinefabrikanten die neue Teuerungswelle, um die ohnehin schon drückend hohen Preise für Kunstseife einer weiteren Steigerung zu unterwerfen. Die sofort in Kraft tretende Preiserhöhung beträgt für die beste Margarine 2 M. für das Pfund, für die übrigen Marken sogar 2,50 M.

Die neuen Margarinepreise stellen sich demnach wie folgt:

für die Extramarkte	19.— M.
für die Spezialmarkte	17,50 M.
für die erste Handelsmarkte	16,50 M.
für die zweite Handelsmarkte	15,50 M.

Dieser Bucher trifft die konsumierenden Massen, die auf Kunstseife angewiesen sind, da sie Butter schon längst nicht kaufen können, mit besonderer Wucht. Dem Schneidentempo der Lohn- und Gehaltssteigerungen gegenüber rast die Teuerung mit Kuriergeschwindigkeit einher. Was kümmert es das Geschlecht der Plasmacher, das sich im Salonwagen spreizt, daß die Massen auf der Strecke bleiben?

Wie es gemacht wird

Der „Hauswirt“ Buchsteiner, der mit einem Kapital von 5000 Mark das Haus Walzstraße 40 erworben hat, geht sehr rigoros gegen seine Mieter mit einstweiligen Verfügungen, ja sogar mit Räumungsbefehlen vor. Ganz besonders hat er es auf den in seinem Hause wohnenden Händler Danneberger abgesehen, der durchaus Laden und Wohnung räumen soll. Ein Bekannter des B., der in Bromberg ansässig war, wollte nach Berlin, um sich hier eine Existenz zu gründen. B. ließ ihn nach Berlin kommen mit dem Versprechen, er habe geeignete Räume zur Verfügung, und verkaufte ihm Laden und Wohnung des D. für den Betrag von 20000 Mark, und ließ sich darauf circa 10000 Mark anbahnen. Man sieht, daß es immer noch Finanzgenies in Deutschland gibt, das deutsche Volk aber hat für solche einen bezeichnenden Namen geprägt. Hoffentlich interessiert sich das Wohnungsamt 8 für diesen Fall.

Im Hause Mirbachstraße 38 war auf Grund der Viehhofgerüche der § 3 im August d. J. angewendet und die Friedensmiete bedeutend erhöht worden. Den Grund hierzu gab ein Gutachten des berechtigten Hausverwalters Ehrlich, der als Vermieterbesitzer bei dem Mietseingangsamt 8 saß, ab. Dieses Gutachten wurde von den Mietern angefochten mit dem Erfolg, daß dasselbe abgelehnt und der Vermieter mit seinen Ansprüchen abgewiesen wurde. Aus Rache darüber ließ die Vermieterin des Hauses, Frau Markgraf, am 22. September das Wasser abkellen. Der zur Abstellung zuständige Beamte fragte die Hauswirtin: Bohnen Sie denn selbst im Hause? Darauf antwortete die Wirtin: Eben weil ich nicht im Hause wohne, lasse ich das Wasser abkellen! So wird es eben gemacht! Will sich der Mieter nicht ansplündern lassen, so weist der Hauswirt auf die vertraglichen Rechte des Mieters, kündigt sich weber um hygienische, hauspolizeiliche noch andere Vorschriften, wenn nur sein Profit hunger gestillt wird.

Uner der Anklage des Muttermordes

Unter der Anklage des Muttermordes und der Brandstiftung stand gestern der Elektromonteur Kurt Thoren vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Angeklagte wohnte bei seiner Mutter, Brandenburgerstraße 4. Er hatte schon mehrfach seine Mutter bestohlen, so daß das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn ein sehr schlechtes war. Das Verbrechen ist dann am 28. August 1920 verübt worden. Der Angeklagte behauptet, während eines Streits mit seiner Mutter auf diese eingeschlagen zu haben. Dann habe er ihr einen Riemen um den Hals gelegt und zugeknüpft, bis der Tod eintrat. Die Leiche der Mutter habe er dann auf den Boden getragen und in einen Koffer gelegt, nachdem er ihre Uhrkette und Trauring abgenommen hatte. Um die Tat zu verdecken, hat er den Hausboden des Hauses in Brand gesetzt. Bei den Löscharbeiten der Feuerwehr wurde die stark verkohlte Leiche der Mutter vorgefunden. Für die Verhandlung sind zwei Tage angelegt.

Auf Abschnitt B der Brotkarte wird in der Woche vom 10. bis 16. Oktober eine Sonderbrotportion von 500 Gr. abgegeben. Der Abschnitt B der Brotkarte ist also nur dann dem Bäcker zu belassen, wenn darauf die Extraportion entnommen worden ist.

Fertigstellung der Wohnhausneubau Mariendorfer Weg. Die vom Bezirksamt 14 zur Erweiterung der Wohnhausneubau am Mariendorfer Weg am 1. November 1920 in Angriff genommene weiteren 14 Wohnhäuser sind vor kurzer Zeit zur Hälfte fertiggestellt und bezogen worden. Mit der Vollendung dieser Stein- und Ziegelschichten wurden insgesamt 28 Zweizimmerwohnungen bezogen. Die gleiche Anzahl Wohnungen ergeben die in kurze

Eine Hilfsaktion für die Erwerbslosen

Berliner Stadtparlament

Bürgerlicher Obstruktionsversuch

Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung benutzten die Bürgerlichen wieder zu einem Vorstoß gegen die Tagesordnung. Ein Antrag von Egnern (D. V.) verlangte, daß zehn Punkte der Tagesordnung abgelehrt würden, da ihre Bedeutung über die gesetzlich eingeschränkte Befugnis, nur Gegenstände der laufenden Geschäfte zu behandeln, hinausginge. Die Deutschnationalen und Demokraten sekundierten natürlich, während die drei sozialistischen Parteien sich dagegen erklärten. Gen. Ulrich hob als bezeichnend hervor, daß unter den abzuweisenden Punkten sich auch ein Ausschlußbericht über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung befände. Gegenüber der volksparteilichen Behauptung, die gegenwärtige Stadtverordnetenversammlung habe nicht mehr die nötige Autorität, um zu verhandeln, betonte Gen. Ulrich, der Wille der Berliner Bevölkerung, der diese Versammlung zusammengerufen habe, sei unendlich viel wertvoller als die Entscheidung rechtsstehender Juristen des Oberverwaltungsgerichts. Für die Intoleranz der Rechtsparteien war auch bezeichnend, daß man plötzlich von politischen Debatten nichts wissen wollte, während man noch die letzte Sitzung zu einer üblen Antisemitische benutzte hatte. Der Antrag von Egnern wurde gegen die Stimmen der drei Arbeiterparteien und einiger Bürgerlicher abgelehnt.

Es entspann sich dann eine Geschäftsordnungsdebatte. Da ein Antrag Heimann (S. P. D.) und Genossen, erst die Magistratsvorlagen und Ausschlußberichte und dann die Anträge zu behandeln, angenommen worden war, wurde vom Gen. Ulrich der Antrag gestellt, unter diesen Punkten den Ausschlußbericht über die Unterstüthungserhöhung für Arbeitslose zuerst zu behandeln. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Ulrich angenommen.

Gleichlautende Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten verlangten Zurückweisung solcher Jahresheinzestimmungen, die zum Sammeln der Scheine anreizen und Unfälle hervorgerufen haben. Stadtrat Dr. Adler sagte die Erfüllung dieser Wünsche zu. Zahlreiche Dringlichkeitsanträge wurden nicht als dringlich anerkannt.

Die Erhöhung der Erwerbslosenbezüge

Stadtn. Gen. Zimmermann erstattete den Bericht des Ausschusses. Bei der Durchberatung des vorliegenden Materials ergab sich, daß von bürgerlicher Seite den Erwerbslosen zugemutet wurde, sich unter den bestehenden Tarifen anzubieten. Die Auffassung, daß den Erwerbslosen zu helfen sei, lehnte sich durch und gegen fünf Stimmen wurde beschlossen, folgenden Vorschlag der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten:

1. für männliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben 16.— M.
- b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben 14.— M.
- c) unter 21 Jahren 10,25 M.

2. für weibliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben 16.— M.
- b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben 10,25 M.
- c) unter 21 Jahren 7,75 M.

3. Familienzuschläge für

- a) den Ehegatten 7.— M.
- b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 6,25 M.

Der Redner der S. P. D., Supple, stimmte dem Vorschlag zu und beantragte, acht Millionen Mark zu bewilligen, um die Erwerbslosen für die Anschaffung von Heizmaterial zu unterstützen. Auch der Redner der K. P. D., Leopold, stimmte dem Vorschlag des Ausschusses und dem Antrag auf die Beihilfe zu.

Die Stellung der U. S. P. D.

Genosse Ulrich legte in längeren Ausführungen dar, welche Ursachen das gegenwärtige wirtschaftliche Elend im allgemeinen und die Not der Arbeitslosigkeit verschuldet haben. Er wies auf die unglaubliche Zumutung der Bürgerlichen hin, daß die Erwerbslosen Streikbrecherdienste leisten und dadurch die nicht viel bessere Lage der Arbeitenden auch noch verschlechtern sollten. Gerade die Rechtsparteien haben alle Ursache, ihr Teil zur Beseitigung des Elends der Arbeitslosen, das sie durch ihre Kriegspolitik erzeugt haben, beizutragen. Berlin ist neben dem Frei-

stehgestellten restlichen 7 Häuser, so daß bis Mitte November sämtliche Räume bezogen sein werden. Die gesamte Siedlung umfaßt nunmehr 24 Einzimmer- und 104 Zweizimmerwohnungen.

Der Mordprozeß Hemberger

Erster Verhandlungstag

H. E. K. Der große Schwurgerichtssaal im Landgericht II ist überfüllt. Auf dem Gang drängen sich die Menschen, die warten, daß jemand herauskommt, um dann sofort den freien Platz einnehmen zu können. Gerichtsdienner und Schupo stehen mit vielbeschäftigtem Gesichtsausdruck herum.

Drinnen sitzen gespannte Bürger. . . Bürger sind die Richter, Bürger die Geschworenen, Bürger die Zuschauer. Und kleine Bürger sind auch die drei Angeklagten und ihre Verwandten, die vorwärtsstolz auf den Zeugenbänken sitzen.

Born auf der Anklagebank die Frau Hemberger. Unter schwarzem Haar ein Paar glänzende Augen, ein Mund mit vorgeschobener Unterlippe. Als sie aufsteht, um an dem Plan der Wohnung, in der der Mord verübt wurde, etwas zu erklären, sieht man, daß sie kaum mittelgroß und in ihrem Anzug nicht sehr ordentlich ist. Aber sie ist länger als ein Jahr in Untersuchungshaft gewesen, und dieses Abgeschnittensein von allem Leben ruft manche Veränderung hervor.

Ganz in die Ecke gedrängt die Angeklagte Weise. Sie ist klein, heineße zart, blond, ganz hübsch, aber trotz der zur Schau getragenen Schüchternheit scheint sie auch anders zu können.

Zwischen den beiden Frauen der Mann, der der eigentliche Mörder sein soll. Proke trägt einen gravitätischen schwarzen Anzug, der beinahe lächerlich wirkt. Die lange Nase hat das etwas schwammige Gesicht gebläht, die Augen blicken verhangen aus tiefen Höhlen. Er gibt die Tat ohne Einschränkung zu, schilbert breit und stehend den Hergang, bisweilen lächelt er wie über eine Selbstverständlichkeit. Zunächst macht er einen intelligenten Eindruck, aber man wird das Gefühl einer geistigen Minderwertigkeit doch nicht ganz los.

Alle drei Angeklagten sind in großer Aufregung. Die Angaben der Frauen sind oft von Schläuchen unterbrochen, Proke, dem schließlich das Sprechen Mühe macht, dreht in den Händen ein Taschentuch.

Es ist Krieg gewesen, und die Welt war aus dem Gleichgewicht geraten. . . Bei diesen wohl kaum anormalen Kleinbürgern kam noch ein unglückliches Familienleben hinzu. Da verloren sie den Raschab einer Erziehung, die ihnen nichts von den

kaat Sachsen das Gebiet der größten Arbeitslosigkeit. Neben 97 000 Arbeitslosen gibt es in Berlin 60 000 Kurzarbeiter, von denen zwei Drittel seit Januar d. J. nur 24 Stunden wöchentlich zu arbeiten haben, 50 000 Almoseneempfänger und 15 000 Pflegekinder. Das ungeheure Elend, das sich in diesen Zahlen ausdrückt, muß mit allen Mitteln gemildert werden. Auch den vielen Blinden muß eine Hilfe zuteil werden. Bei aller finanziellen Schwierigkeit der Gemeinde müssen für derartig brennende soziale Fragen unbedingt Mittel geschaffen werden, wenn die Stadt gegenüber den Armuten der Armen ihre selbstverständliche Pflicht erfüllen will, und es ist die Auffassung der U. S. P., daß dies rasch zu geschehen hat. Wir stimmen dem Antrag, wegen Erhöhung der Unterstüthungssätze an das Reich heranzutreten, und dem Antrag Heimann zu.

Der Mut des Bürgerturns.

Vor die Frage gestellt, die Not der Erwerbslosen durch Zustimmung zu den Anträgen anzuerkennen, zeigte sich das Bürgerturn in seiner ganzen jämmerlichen politischen Feigheit. Da die Wahl vor der Tür steht, verdeckte sich der sonst so kühn fertige und peitschgegenwärtige Herr von Egnern und mit ihm der deutschnationale Held Koch hinter der Ausrede, die Anträge hätten in ihren Fraktionen nicht beraten werden können. Die Rechtsparteien enthielten sich der Stellungnahme zur Erwerbslosenfrage. Die Anträge abzulehnen wagte man nicht, um nicht die Gegnerschaft gegen die Erwerbslosen allzu offensichtlich werden zu lassen.

In seinem Schlusswort wies Genosse Zimmermann auf die eigenartige Auffassung des christlichen Apostels Koch hin, der gegen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist, weil sie — ein Almosen sei (!). Bei der Abstimmung wurde der Ausschlußantrag angenommen, ebenso der Dringlichkeitsantrag Heimann und Genossen. Beide Anträge unter Stimmenthaltung des Bürgerblocks.

Nach glatter Erledigung einer ganzen Reihe von Vorlagen entstand eine Debatte über ein: Magistratsvorlage, die den Verkauf von 50 Einfamilienhäusern der Siedlung Lindenhof (Berlin-Schöneberg) fordert.

Bürgerliche Mißwirtschaft.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich der Stadtverordnete Gemeinli (S. P. D.) mit der Siedlung Lindenhof und geistete bei dieser Gelegenheit die Mißwirtschaft, die sich in dem Dorado der Rechtsparteien, dem in deutschnationalen Händen befindlichen Bezirksamt Schöneberg zeigt. Obwohl in Berlin-Schöneberg über 1000 Familien auf der Dringlichkeitsliste der Wohnungsuchenden stehen, hat es das Bezirksamt zugelassen, daß 52 fertige Wohnungen dieser Siedlungen seit dem 1. Juli bis auf den heutigen Tag leerstehen.

Genosse Reid erklärte, daß schon die Begründung der Vorlage Veranlassung zu ihrer Ablehnung gebe. Das gesamte Siedlungswehen liege bei uns im argen, besonders aber biete der Fall Lindenhof Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie sehr die gegenwärtige sozialistische Verwaltung unter dem Erbe der früheren bürgerlichen zu leiden habe. So hat z. B. der Bezirk Wedding eine Siedlung aus bürgerlicher Zeit übernehmen müssen, die sich in einem derartig schauerhaften Zustand befindet, daß es erst der Aufwendung großer Mittel bedarf, um sie überhaupt bewohnbar zu machen.

Der Kämmerer Dr. Karding benutzte die Gelegenheit, die Stadtverordneten an die schwierige finanzielle Lage der Stadt zu erinnern. Er erklärte, wenn in der heutigen Sitzung die große Dedungsvorlage für die bewilligten Lohnerhöhungen nicht verabschiedet werde, dann werde die Stadt in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Es seien ihr bereits jetzt in fühlbarem Umfang Darlehen gekündigt worden, und es sei jetzt schon schwierig, den notwendigen Kredit zu erhalten.

Nachdem sich eine lange Auseinandersetzung über die Tätigkeit der Schöneberger Siedlungsdeputation bis gegen 9 Uhr hinzog, nahm Dr. Karding im Namen des Magistrats die Vorlage zurüd. Darauf begann die Stadtverordnetenversammlung für diesen Sitzungstag zu verenden. Die Kommunisten verlangten geschäftsordnungsmäßig, den Antrag über die Auflösung der Organe in Berlin sofort zu behandeln, und beantragten gleichzeitig namentliche Abstimmung darüber. Sofort eilten alle Juristen und Geschäftsordnungskenner von der rechten Seite des Hauses herbei, um nachzuweisen, daß die Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung über einen Geschäftsordnungsantrag nicht erlaube. Von kommunistischer Seite wurde dem widersprochen. Inzwischen ergab sich die Beschlunsunfähigkeit des Hauses und Vorsteher Wehl schloß die Sitzung.

feinen Unterschieden des Lörens sagte. „Du bist doch im Felde gewesen, hast so viele Menschen umgebracht!“ Und: „Mein junger Bruder mußte sterben aber der Alte bleibt leben!“ sagte die Hemberger zu ihrem Neffen. Aber die Bürger im Saale sehen nur die Sensation und ein Theaterstück, das ihnen vorführt, wozu Reime und Möglichkeiten in ihnen allen liegen. . .

Der heutige erste Verhandlungstag begann mit der Vernehmung der Angeklagten

über ihre persönlichen Verhältnisse. Frau Hemberger gibt an, daß sie die Tochter eines Dorfschullehrers ist und bis zum 14. Jahre eine Schule in einem kleinen Spreewaldort besucht habe. Mit 19 Jahren sei sie nach Berlin gekommen, sei bei der Firma Hehl in Charlottenburg und anderen Firmen im Kontor in Stellung gewesen. Sie habe ihren Mann beim Lanzunterricht kennen gelernt und ihn aus Liebe geheiratet. Er sei 49 Jahre alt gewesen und sie 24 Jahre, sie habe aber stets eine Vorliebe für ältere Herren gehabt. Die Ehe sei von Anfang an nicht glücklich gewesen, da ihr Mann mit dem Gelde sehr leichtsinnig umging und sich deshalb bald wirtschaftliche Sorgen einstellten. Um die Geldnöte zu beseitigen, ging die Angeklagte, wie sie weiter erzählte, wieder ins Bureau. Die Folge war, daß ein Dienstmädchen eingestellt werden mußte, um die Wirtschaft und das im Jahre 1913 geborene Kind zu versorgen. Ihr Mann sei sofort zu dem Mädchen zudringlich geworden, so daß sie in 1 1/2 Jahren acht Dienstmädchen hatte. Als sie von mehreren Mädchen eine eideschwurliche Versicherung erhielt, daß ihr Mann mit ihnen die Ehe gebrochen habe, wollte sie sich scheiden lassen, gab aber auf Bitten des Mannes wieder nach. Im Jahre 1916 wurde das zweite Kind geboren. Während ihrer Schwangerschaft habe sie ihr Mann vielfach geschlagen. Sie habe den Eindruck gehabt, daß ihr Mann durch diese Mißhandlungen eine Fehlgeburt herbeiführen wollte. Sie sei deshalb auch zu ihrer Mutter gezogen.

Schließlich sei es zum vollständigen Bruch mit ihrem Mann gekommen und sie habe sich entschlossen, ihren Mann zu verlassen. Der Umzug geschah heimlich am 27. September unter Mitnahme ihrer beiden Kinder, denen der Vater sehr zugetan war. Beim Umzuge half der Angeklagte Proke, der ihr Neffe ist. Sie befreit, irgendwelche näheren Beziehungen zu dem Neffen gehabt zu haben.

Der Angeklagte Proke wird sodann über seine Beziehungen zu Frau Hemberger vernommen. Im Verlaufe seiner Darlegungen wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Günstige Lage im Streik der Gastwirtsgehilfen

Berzweifelte Lage der Unternehmer

Der Streik des Kartells der Arbeitnehmer im Gastwirtsgerberie brecht sich, wie wir schon wiederholt darstellten, letzten Endes um eine Prinzipienfrage, die längst bei allen vernünftig Denkenden entschieden ist. Der verschleierte Trinkgeldbettel muß verschwinden zugunsten einer festen und auskömmlichen Entlohnung.

Dieser Streit ist in verschiedener Hinsicht interessant und auch symptomatisch für unsere ganzen politischen Verhältnisse. Es streiten nämlich nicht nur die Kellner, sondern das ganze Personal großer und kleiner Gaststätten — vom Feiger bis zum Konjunkturer — hat die Wichtigkeit dieser Prinzipienfrage begriffen und mit einmütiger Geschlossenheit die Arbeit niedergelegt.

Um keine Kräfteersplitterung und kein Gegeneinander aufkommen zu lassen, wurde ein Kartell aller in Frage kommenden Berufsstände gebildet, das einheitlich in allen Fragen und Aktionen vorgeht und handelt.

Alle Räder sehen still

Die Einsicht, daß das Wohl und Wehe des einzelnen Angestellten im Gastwirtsgerberie abhängig vom Nebenmann im Betriebe, auch wenn er eine ganz andere Tätigkeit ausübt, hat den Boden für ein gemeinschaftliches Vorgehen bereitet, auf dem das feste Gebäude eines Kartells im Gastwirtsgerberie errichtet werden konnte. Diese Tatsache ist ein Sieg des solidarischen Bewußtseins und des gewerkschaftlichen Gedankens.

Die Gründung des Kartells basiert auf dieser Erkenntnis, und der Erfolg war, daß alle Räder still standen. Die Wichtigkeit der Streikfrage ward überall begriffen, die ganze Kollegenschaft Deutschlands verfolgt mit gespanntester Aufmerksamkeit die Berliner Kämpfe und zollt den Ausständischen nicht nur höchste Bewunderung, sondern leistet auch materiellen Beistand. So lienen u. a. aus Hamburg, Götting, Danzig bereits konkrete Beweise solidarischer Unterstützung für die Streikenden vor.

Der Terror der Unternehmer

Die Unternehmer im Gastwirtsgerberie haben allgemach begriffen, daß die alten Lohnverhältnisse zum Abbruch reif sind und bald fallen müssen. Mit Ausbietung aller zur Verfügung stehender Kräfte und Mittel, die das Tageslicht zu scheuen haben, versuchen sie, die Kampfziele zu verschieben und den brutalsten Terror auch gegen die Unternehmer anzuwenden, die bereits die Forderungen der Ausständischen bewilligten. Wir berichteten bereits vom Hotel Adlon, dessen Besitzer eine hohe Konditionalstrafe an den reaktionären Verband der Gastwirte zahlen mußte.

Es sind weitere Fälle bekannt, in denen der Unternehmer-Verband gegen Betriebe, die bewilligt hatten, vorgeht, um unter Androhung der Vernichtung der Existenz die Betriebsinhaber gewaltsam zu nötigen, ihre Vertragsunterchrift zurückzugeben. Da einzelne Geschäfte dies nicht machten, aber Angst vor dem Boykott des Unternehmerverbandes haben, so schloßen sie ihren Betrieb. Der Staatsanwalt mühte unferes Ersatzens für diese Fälle ein besonderes Interesse befunden, und das Kartell wird sicherlich bereitwillig die gewünschten Unterlagen hierzu geben.

Einer der Führer des Unternehmer-Verbandes, Hegewaldt, erklärt ganz offen seine Kampfziele. Er will die Macht des Kartells brechen, und dann erst will er sich an den Verhandlungstisch setzen. Dabei ist immer wieder zu beachten, daß auf Arbeitnehmersseite stets die Bereitwilligkeit bestand, auf Grund des gefällten Schiedspruchs, der den Angestellten eine Erfüllung ihrer Forderungen brachte, zu verhandeln. Dieser Diktator und keine Hintermänner wähen aber, die Angestellten auf die Knie zu zwingen, sie unterwerfen zu können. Ungeheure Summen — die Köhner Hoteliers konnten allein 500 000 M. — werden zur Bekämpfung der Angestellten angewandt, während schon ein Bruchteil davon genügen würde, um die Forderungen zu bewilligen. In Berlin erdreißte sich außerdem ein Gastwirt, die Hälfte des zehnprozentigen Zuschlags für die Angestellten dem Widerstandsfonds der Unternehmer überweisen zu wollen. Das war aber selbst den Streikbrechern zu viel, und so lam diese Tatsache an die Sonne.

Lügenfront der bürgerlichen Presse

Während noch vor einigen Wochen die ganze bürgerliche Presse die Stellungnahme autobürgerlicher Sozialreformer zur Trinkgeldfrage wiederab, beiläufig sich, kaum daß der Kampf ausbrach, eine skrupellose Lügenfront herzustellen, an der sämtliche „Intelligenzblätter“ und logenante neutrale und arbeitserfreundliche — lies feindliche — Organe bürgerlicher Richtung beteiligt waren. Da unter den Gastwirtsangehörigen noch viele die bürgerliche Presse lesen, so hatten sie nun Gelegenheit, täglich die schamlosen Entstellungen und eine erbärmliche Herabwürdigung ihres Kampfes in ihrem Leitblatt vorzufinden. Nun befaßten sie erst dieses Spiel, und siehe da: Ueber 300 „Morgenpost“-Leser beklagten geschloßen das Blatt ab. Es muß nun endlich zum Gebote

Aus der Wirtschaft

Das Anwachsen des Papiergeldumlaufs

Wenn man das deutsche Wirtschaftsleben oberflächlich betrachtet, so könnte man meinen, daß Deutschland sich in einer Hochkonjunktur des industriellen und geschäftlichen Lebens befinde. In Wirklichkeit haben wir es mit höchst ungesunden Verhältnissen zu tun. Der lebhafteste Geschäftsgang in fast allen Zweigen der Industrie und des Handels erfolgt auf Kosten der Arbeiterschaft; nur die unglücklich niedrigen Löhne ermöglichen es den deutschen Exporteuren, das Ausland auf dem Weltmarkt nieder zu konkurrieren. Die Mehrheit der Reichsbank zeigt sich in der ungeheuren Verschlechterung der deutschen Valuta, in der Verteuerung aller Waren auf dem Inlandsmarkt, in dem Anwachsen des Papiergeldumlaufs. Besonders lehrreich sind in dieser Hinsicht die Ausweise der Reichsbank. Durch die vermehrte Inanspruchnahme von Krediten durch das Reich, insbesondere zur Erfüllung des Ultimatus, sowie durch die ununterbrochen fortgesetzte Erweiterung des Papiergeldumlaufes sind Zahlen entstanden, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Die gesamte Kapitalanlage bei der Reichsbank ist im vergangenen Quartal um 15 943,09 (1920: 13 798,1) auf 99 564,4 Millionen Mark angewachsen. Der Abrechnungsvorkehr der Reichsbank hat im September die Refordsumme von 98 Milliarden erreicht. Im gleichen Monat des vorigen Jahres waren es erst 63 Milliarden, im September 1915 gar nur knapp 5 1/2 Milliarden. Der Umlauf an Banknoten betrug am Quartaalsende 86 384,3 Millionen Mark, an Darlehensausgaben 7 669,6 Millionen Mark. Insgesamt hat also jetzt der Papiergeldumlauf einen Umfang von 94 Milliarden Mark angenommen.

In diesen Zahlen spiegelt sich nicht etwa ein zunehmender Reichtum wider, sondern es kommt in ihnen die ständig steigende Verarmung der breiten Massen des Volkes zum Ausdruck, zu gleicher Zeit aber auch die Zerrüttung der staatlichen Finanzwirtschaft.

aller Beschäftigten werden, die bürgerliche Presse aus dem Hause zu verbannen und nur die sozialistische Arbeiterpresse zu lesen. Unsere „Freiheit“ hat schon lange vor dem Kampf für die Durchsetzung der lehrigen Kampfziele gewirkt, auf die Wichtigkeit dieser Frage hingewiesen und für deren Verwirklichung sich eingesetzt.

Die Schupo in Theorie und Praxis

Während der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter in einer kombinierten Sitzung den Vertretern des Kartells die Erklärung abgab, daß seine Schupoleute nur die Aufgabe haben, polizeilichen Straßendienst zu leisten und daß er es ablehne, seine Leute zu anderweitigen Zwecken herzugeben, sieht die Wirklichkeit wesentlich anders aus! In verschiedenen Hotels und Gaststätten sind ganze Wachkommandos untergebracht, wozu wir erst gestern berichteten. Im Residenzcasino in der Blumenstraße hat der Unternehmer seinen Schupo-leuten ein Wachlokal im oberen Stockwerk des Hauses zur Verfügung gestellt. Eine eigene Klingelleitung vom Portier ist nach oben gelegt worden, um die Schupoleute bei Gefahr sofort in Aktion treten zu lassen. Um diesen Ordnungshütern die Zeit nicht lang werden zu lassen, traktiert der Besitzer sie ausgiebig mit geistigen Getränken. Vorgestern nacht paßierte einem unserer Genossen, der heute auf unserer Redaktion vorsprach, um 11.30 Uhr das Wahrer, gerade als er vor dem Hause eine Unterredung hatte, von einem kinnlos betrunkenen Schupomann vom oberen Stockwerk aus angepiet zu werden. Von den Schupomännern im Zoo wird ähnliches berichtet. Die Schupo ist durch Eid und Vertrag verpflichtet, unbestechlich zu amtieren. Wir sind begierig zu erfahren, was mit diesen Leuten und den Unternehmern, die die ihnen gewährten Dienste mit Gegenleistungen belohnen, geschehen wird.

Volksgeundheit und Nothilfe

Der Direktor des Zoo-Restaurants verlangte die Ueberweisung von neun Heijern, weil die vielen Veranstaltungen eine Heizung der Räume nötig machten. Die Besucher würden sich sonst erkalten und die Volksgeundheit würde darunter leiden! Ein Hotel verlangte wieder Gepächträger. Selbst der Regierungsprokurator Weiß hatte für Festlichkeiten in dieser Zeit kein Verständnis und erklärte zum Wunsch des Hoteliers einfach: „Das wollen wir man streichen“.

Der Regierungsrat Reiser von der Reichsvermögensstelle bemüht sich um die Verpflegung der hiesigen Ententevertreter. Er verlangte, daß in neun Hotels die Millionspieler bedient werden sollten und sonst niemand. Darauf ließ sich das Kartell nicht ein und machte den Gegenvorschlag, diese Herren sollen in zwei Hotels zusammenziehen und dort ihre Mahlzeiten einnehmen, wofür Personal gestellt würde. Herr Reiser lehnte diesen Vorschlag ab, ebenso das Ersuchen der Kartelldelegation, sie zu den Ententevertretern zu begleiten, um mit diesen Herren zu unterhandeln.

Die Delegation mit dem Vorsitzenden der Gastwirtsangehörigen Burde an der Spitze ging nun allein zum englischen Oberst Cook, der sie sofort freundlich empfing. Als er die Gründe des Streiks erfuhr und die Vorschläge des Kartells zur Verpflegung der hiesigen Million zur Kenntnis nahm, erklärte er sich bereit, alle Unannehmlichkeiten in den Kauf zu nehmen und den Vorschlag zu akzeptieren.

Damit fällt der ganze bürgerliche Tratsch über diese Angelegenheit zusammen, und ein deutscher Regierungsrat wurde so von einem „feindlichen“ Ausländer blamiert.

Günstige Ausichten des Kampfes

Als „gute Kraft“ hat sich den Unternehmern ein Renegat zur Verfügung gestellt. Der frühere Vorsitzende des Gastwirtsgehilfenverbandes, von Skopsgardt, der 17 Jahre lang diesen Posten bekleidete, ist nun im Solde des Verbandes der Unternehmer und vertritt dort die Unternehmerinteressen in einer Art, die die helle Empörung der gestrigen Versammlung, über die wir berichteten, auslöste. Ein anderer Held ist der Kommunist Kiehl, Oberkellner im Hotel Excelsior, Verfasser von Streitschriften gegen das Trinkgeld, der nicht nur dem Kartell das Recht bestritt, die Belegschaft zum Streik zu veranlassen, sondern auch mit den Unternehmern einen separaten Vertrag abschloß. Kommentar überflüssig.

Die Unternehmer haben sich in ihren Zielen verrannt, die Zahl der Betriebe, die die Forderungen anerkennen, mehren sich, so daß die Scharfmacher sich wie verzweifelt gebärden. Das Geschrei der vereinigten bürgerlichen Lügenfront ist nur der Widerhall der qualvollen Lage, in der sich die Gastwirtsunternehmer befinden. Für die Kartellangehörigen liegt der Streik gut, und die Stimmung ist vorzüglich, wie wir uns selbst in der Versammlung überzeugt haben. Je eher man in den Kreisen des Unternehmerverbandes die tatsächlichen Realverhältnisse einsehen und die Zeitumstände berücksichtigen wird, desto schneller wird es möglich sein, den Frieden im Gastwirtsgerberie wiederherzustellen. Der Verhandlungstisch wird nicht zu umgehen sein, das Diktat, das die Unternehmer in ihrer Verbündung proklamieren wollten, wird an der Einheitsfront der Kartellangehörigen scheitern müssen.

In den ersten Monaten des Krieges war der Notenumlauf noch in Höhe von 54,3 Prozent durch Gold gedeckt, heute beträgt die Deckung nur noch 1,2 Prozent. Das wesentliche Hindernis für eine Stabilisierung des deutschen Wechselkurses und für eine Eindämmung der Notensumme ist aber weniger der Mangel einer ausreichenden Golddeckung, als die Unfähigkeit des Staatshaushalts und die Ungewißheit, wie die künftigen Leistungen für die Reparation erfüllt werden sollen. Der Grundgedanke jeder weitsehenden Finanzpolitik muß also sein, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, und das kann nur geschehen durch die stärkste Heranziehung des Besizes zu den öffentlichen Lasten und für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen.

Ein Beispiel industrieller Konzentration

Die A. E. G., die in sich einen Riesenkomplex verschiedener Unternehmungen darstellt, die aber bis vor gar nicht so langer Zeit lediglich im Reich der Elektrizität tätig waren, erweitert sich jetzt mit zunehmender Schnelligkeit in einen gemischtwirtschaftlichen Konzern. Zunächst wurde die Fusion mit den Linke-Hoffmann-Werken in Breslau eingegangen, die jetzt die größte Waggonfabrik auf dem Kontinent sein dürfte. Linke-Hoffmann kontrolliert die Sächsischen Lauchhammerwerke, und dadurch ist die A. E. G. in direkte Verbindung mit der Eisenindustrie gekommen. Nun wird im Berliner Tageblatt mitgeteilt, daß sich der A. E. G.-Linke-Hoffmann-Konzern die Waggonfabrik Goosens Lohner u. Co. in Brand bei Aachen und das Rheinische Waggon-Kontor Rudolf Lohner u. Co. in Aachen angegliedert hat. Außerdem hat er das Werk Hennigsdorf an der Havel erworben und in eine Aktiengesellschaft mit 30 Millionen Grundkapital umgewandelt. „Hennigsdorf“ soll zu einem technisch auf höchster Höhe stehenden Stahl- und Walzwerk ausgebaut werden und den Konzern unabhängig machen von der Beschaffung von Eisen- und Stahlohr-

hoffen. Die Ausdehnungsbestrebungen des Konzerns werden bestärkt durch die Tatsache, daß die Eisenbahnmaterial-Leihanstalt Berlin (Eag), deren Aktien sich ausschließlich im Besitz der Linke-Hoffmann-Werke befinden, ihr Aktienkapital nunmehr auf ein Vielfaches — nämlich von 3 auf 20 Mill. M. — erhöht. Eine Kapitalerhöhung in einem solchen Umfang dürfte eine beträchtliche Ausdehnung des Waggonparks nach sich ziehen, was wiederum von großer Bedeutung für die Linke-Hoffmann-Werke sein dürfte. Die Linke-Hoffmann-Werke sind ferner an umfangreichen Lieferungen für die Sowjetregierung beteiligt, beispielsweise, abgesehen von den bereits bekannten Lokomotivbestellungen, an einem englisch-deutschen Konjunktium mit einer Quote von 150 Tankwagen. Diese letzten Lieferungen sollen in hochwertigen, ausländischen Devisen bezahlt werden. Um den erwarteten starken Abfall nach Rußland, Polen und den übrigen östlichen Randstaaten zu erleichtern, beabsichtigt der Konzern außerdem, sich in nächster Zeit einen großen wirtschaftlichen Schwerpunkt für seine Fabrikate im Osten zu schaffen. Andererseits erschienen kürzlich in großen italienischen Zeitungen Andeutungen, daß die A. E. G. ihre Föhler nach einer etwa reichenden Waps in Italien ausstrecke.

Gewinnverschleierung

Ein lehrreiches Beispiel für die Art, wie die Unternehmer ihre Gewinne zu verschleiern vorziehen, bietet der kürzlich veröffentlichte Abschluß der „Phönix“-A. G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb. Trotzdem bis Mitte Juni der Geschäftsgang in Rheinland-Schalen ziemlich unglücklich war und „Phönix“ vom Februar bis Mai weitgehende Betriebsbeschränkungen vorgenommen hatte, hat das Unternehmen seine Gewinne sehr erheblich gesteigert. Der Reingewinn hat sich mehr als verdoppelt, er betrug, nachdem erst Abschreibungen in Höhe von 20,3 Millionen vorgenommen wurden, 112,9 Millionen (1919/20: 60,48 Millionen). Für „Wohlfahrts“-zwecke wurden 9 Millionen zurückgestellt, und an dieser Summe müssen die Zehntausende von Arbeitern und Angehörigen des Werks teilnehmen; die Handvoll Aufsichtsratsmitglieder, deren Tätigkeit einen sehr beschränkten Umfang einnimmt, erhalten dagegen an Fantomen rund 2 Millionen Mark. An Dividenden werden 25 Prozent (1919/20: 20) ausgeschütt. Während für die Talonsteuer 2 Millionen und für die Körperschaftsteuer 6 Millionen ausgewiesen werden, hat man einem neuen Konto „Werterhaltung“ 48 Millionen überwiesen. Der Geschäftsbericht meint zwar, daß die Verwaltung mit der Schaffung eines derartigen Erneuerungsfonds der Veränderung unserer Wirtschaft nach Möglichkeit Rechnung tragen wolle, in Wirklichkeit steckt dahinter der Versuch, einen beträchtlichen Teil des Reingewinns zu verschleiern und der Besteuerung zu entziehen. Ähnliche Vorgänge wiederholen sich in anderen Formen bei fast allen Unternehmungen. Man sieht daran, daß es höchste Zeit wird, die kapitalistischen Kreise zur Deckung der Staatslasten nach dem vollen Ausmaß ihrer Leistungsfähigkeit heranzuziehen. Darin darf man sich auch durch volkswirtschaftliche Deklamation nicht irremachen lassen.

Jugendbewegung

Bezirkskonferenz der sozialistischen Proletarierjugend Berlin-Brandenburg

Am Sonntag, den 25. September, vormittags, fand in der Arbeiter-Bildungsschule, Berlin, die Bezirkskonferenz der Berliner-Brandenburg statt. Betreten waren 32 Ortsgruppen durch 36 Delegierte. Ueber „Lage der Organisation“ sprach Genosse Schwarz. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich auf 40 erhöht, gegenüber 23 bei der letzten Bezirkskonferenz. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 1 250. Eine rege Organisation ist sowohl von der Zentrale, wie auch von den einzelnen Gruppen betrieben worden, und wo immer sich die Möglichkeit bot, sind wir eingetreten, um für unsere Sache zu werden. In der Kommune hat unsere Arbeit noch wenig Erfolg gehabt, da die Jugendämter zum Teil noch nicht gebildet sind.

Ein großes Feld haben wir noch zu bearbeiten: die gewerkschaftlichen Jugenddelegationen. Es ist nötig, daß unsere Mitglieder sich reiflos auch gewerkschaftlich organisieren und im Betriebe die Kollegen dazu auffordern; aber auch dafür ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder sich betätigen und sich politisch organisieren. Leider ist der Förderung auf der letzten Bezirkskonferenz, alle Wirkstoffe im Leben angewiesen und Ueberföhretung der Jugendaktivbestimmungen seitens der Unternehmer, insbesondere Ueberföhretung des Achtstundentages, nicht, tarifmäßige Entlohnung, Verhandlungen v. m. solo i de Zentrale zu melden, nicht nachgekommen worden. Es ist natürlich unmöglich, eine Besserung zu erwarten, wenn nicht einmal Mitteilung gemacht wird.

Genosse Jachow klagt in seinem Kassenbericht über die schlechte Abrechnung der Ortsgruppen, wodurch die Schulden sich vermehrt haben. Der Umsatz an Zeitungen und Broschüren ist erfreulicherweise gestiegen.

In der Diskussion schilderten die Vertreter der Ortsgruppen in der Provinz geradezu ungläubliche Zustände in Bezug auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse. 14 stündige Arbeitszeit, keine Entlohnung, Prügel sind an der Tagesordnung. Die Jugendlichen wissen vielfach nur nicht, an wen sie sich zur Abstellung der Mißstände wenden sollen.

Zu Punkt 2 „Kindergruppen“, der auf Wunsch einiger Genossen verhandelt werden sollte, führt Genosse Krämer aus: Die Schaffung von Kindergruppen ist verhältnismäßig einfach, schwierig jedoch ist die Haltung und Arbeit in den Gruppen. Ein Abkassieren eines großen Kindergartens, oder Gruppen, wo die Kinder mit Parolen und Phrasen geföhrt werden, wie in den kommunistischen Kindergruppen, haben ihren Zweck vollkommen verfehlt. Unsere Jugendgenossen haben nicht die Zeit, Kindergruppen zu leiten, da sie tagsüber beschäftigt sind. Es kommt mehr darauf an, zuerst die Schullehrer zu gewinnen.

Zu Punkt 3 „Internationaler Jugentag“, wies Genosse Schwarz auf die Bedeutung des Tages hin und gab bekannt, daß die Zentrale zum 30. Oktober eine große Feiertag plant. Ob im Freien oder im Saal, hängt von der Witterung ab. Regere Agitation ist für diesen Tag zu entfalten, und in allen Orten ist es Pflicht, Feiern abzuhalten.

Zu Punkt 4 wird das Statut für Berlin-Brandenburg, das Genosse Krämer erläuterte, mit wenigen Abänderungen einstimmig angenommen. Ebenso findet ein Antrag der Gruppe Brandenburg Annahme, der die Beteiligung der S. P. J. an Revolutionen der U. S. P. D. am 8. November abzulehnt, sobald bei diesen Taten Kattfindet. (Sehr vernünftig! eine wohlverdiente Ohrspeise für die, die sich mit solchen Gedanken tragen. Red. d. Fr.)

Die Abänderungen in der Zentrale: Gen. Jachow, Berlin, Kassierer; Gen. Lange, Reutlin, Spediteur; Genossin H. Hermann, Reutlin, Schriftführerin, werden einstimmig bestätigt, die nächste Bezirkskonferenz auf den 11. 12. 1921 festgelegt. Genosse Schwarz schloß die erfolgreiche Bezirkskonferenz mit der Aufforderung, nun mit neuen Aufregungen und frischen Kräften an die Arbeit für die Ausbreitung des Sozialismus zu gehen.

DEGEAS Spar-Glühkörper 25%
Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O. 17 Gas-Ersparnis

Gewerkschaftliches

Oesterreichische Gewerkschaftsbewegung

Der Restor der Oesterreichischen Gewerkschaftsbewegung, der Vorstand der Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreichs, Anton Hueber, starb in diesen Tagen seinen 60jährigen Geburtstag. Hueber stammt aus Bilsen, wo er am 25. September 1861 geboren ist — wuchs in recht kümmerlichen Verhältnissen heran und wurde Stadtdirektor. Er machte die ganze Sturm- und Drangzeit der Oesterreichischen Rückständigkeit auf politischem Gebiete mit, jene Periode, die mit der Zeit unter dem deutschen Sozialistengesetz Nechtsichtigkeit aufwies. In der Oesterreichischen Metallarbeiterzeitung Nr. 20 wird Hueber geehrt und ihm nachgerühmt, daß er sowohl die Stimmungen wie die Denkart der Arbeiterschaft kennt. Er ist gleichweit entfernt von Ueberschätzungen irgendeiner augenblicklichen Aufwallung, wie er vor Unterschätzungen gewisser Strömungen in der Arbeiterbewegung warnte. „Der Erfolg war sein, eben weil er sich über die geistige Verfassung, über die Denkart der kämpfenden Gruppe genau so klar war, wie er das Werden und die innere, nicht bloß finanzielle Kraft ihrer Organisationen kannte.“

Die Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs blüht mit Stolz auf Hueber, der es verstand, die Einheit der Gewerkschaften in Oesterreich zu wahren.

Der Bericht über den Stand der Oesterreichischen Verbände, der kürzlich erschien, ist wertvoll und zeigt nicht nur ein ansehnliches Steigen der Mitgliederzahl, sondern auch ein moralisches Stärkerwerden der Oesterreichischen Organisationen. Die Verbände konzentrieren sich immer mehr, und der Gedanke der Industrieverbände bricht sich allmählich Bahn. Die Kommunisten in den Oesterreichischen Verbänden sind gegenstandslos. 49 deutsche Fachblätter stehen zur Verfügung. Die Anzahl der angeschlossenen Zentralverbände beträgt 51. Der Anteil der Frauen in den Oesterreichischen Gewerkschaften ist beträchtlich, und wir hoffen, daß diese Fortschritte und guten Erfolge auch weiterhin verzeichnet werden können.

Eisenbahner!

Fort mit den Kostbaren Richtlinien!

Eine von der U. S. V.-Fraktion der Eisenbahner einberufene öffentliche Versammlung der Berliner Eisenbahner am Mittwoch, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte, beschäftigte sich in eingehender Weise mit dem reaktionären Kurs in der Eisenbahnerverwaltung. Genosse Niech besprach eingehend die sogenannten Kostbaren Richtlinien. Wegen der außerordentlich reaktionären Tendenz müssen diese Richtlinien in Bausch und Bogen abgelehnt werden. Dazu kommt noch, daß sie jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. Von dem Eisenbahnerverband wird verlangt, daß er schärfste Front gegen diese juristischen Lüsteleien nimmt. Niech gab weiter einen Arbeitsordnungsentwurf der Verwaltung bekannt, dessen einzelne Paragraphen für hässliche Heiterkeit der Versammlung sorgten. Mit dem Entwurf werden mir uns noch eingehend beschäftigen. Die Diskussionsredner, auch Kommunisten, konnten sich nur den Ausführungen unseres Genossen anschließen. — Die Eisenbahnerverbände werden sehr bald bemerken, daß die Eisenbahner sich keinesfalls den reaktionären Machenschaften beugen werden. Der Eisenbahnerverband wird in aller Kürze ein eindringliches „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegenstellen.

Banfangsfeier! Der Allgemeine Verband der Deutschen Banfangsleute beruft für Freitag, den

7. Oktober d. J. eine öffentliche Banfangsleute-Versammlung ein, in der Marx und Emonts über „Teuerung und Wirtschaftshilfe“ sprechen werden. Am gleichen Tage tritt der Reichsverband der Banleitungen zusammen, um Stellung zu nehmen zu den Forderungen der Organisationen, die sich für Ledige auf 3500 M. und für Verheiratete auf 4000 M. belaufen. An die Referate wird sich eine Aussprache anschließen.

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission

Am kommenden Montag, den 10. Oktober 1921, abends 6 Uhr, findet im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 (weißer Saal) eine Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses.
 2. Steuerfrage. Referent Gen. Dr. Hilferding.
 3. Volksfürsorge. Referent: Gen. Lohmeyer.
 4. Disziplinar im Rüstgewerbe. Referent: Gallas.
- Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. C. Vollmerhaus.

Vormittagsturse für Schichtarbeiter!

Mittwoch, den 12. Oktober 1921, vormittags 10 Uhr, beginnt im Sitzungssaal der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 24-25, 2. Hof, 1 Tr., ein Kursus über: „Der Betriebsrat und seine Aufgaben“. Kollegen, die an diesem Kursus teilnehmen wünschen, können sich zur angegebenen Zeit im Kursus finden und den Hörerbeitrag von 6 M. (Arbeitslose unentgeltlich) bei dem im Kursus zu wählenden Vertrauensmann zahlen. Für Wechselarbeiter werden neue Kurse eingerichtet, sobald genügend Meldungen bei uns eingelaufen sind.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale
Abteilung Betriebsräteschule.

Erfolge bei den Hutmachern

Umfangreiche Lohnbewegungen hat der Deutsche Hutarbeiterverband in den letzten Wochen zum Abschluß gebracht. In der Damen-, Strohh- und Phantasiehutbranche wurden die Zeitsöhne für männliche um 50—56 Mark, für weibliche um 37 bis 58 Mark erhöht. Die Stundenlöhne erhöhten sich auf 7,65 Mark für männliche und 5,— Mark für weibliche als Spitzelöhne. Affordlöhne wurden um 60 bis 70 Prozent erhöht. Der Affordarbeiter soll 30 Prozent über den festgelegten Stundenlohn verdienen. Die Arbeitszeit beträgt 46 Stunden. Für die Woll- und Haarhutbranche beträgt die Erhöhung für männliche 45 bis 90 Mark, Stundenlohn 7,50 Mark; für weibliche 35 bis 96 Mark, Stundenlohn 5,55 als Spitzelöhne. Die Affordlöhne werden nach dem höchsten Stundenlohn festgelegt. Der Affordarbeiter soll 30 Prozent über den festgelegten Lohn verdienen. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Für die Linonbranche beträgt die Erhöhung für männliche 30 bis 40 Mark, Stundenlohn 7,— Mark; für weibliche 30 bis 55 Mark, Stundenlohn 4,67 Mark, als Spitzelöhne. Die Affordlöhne sind um 20 bis 50 Prozent erhöht. Affordarbeiter sollen 30 Prozent über den Stundenlohn verdienen. Als Arbeitszeit gelten 46 Stunden. Für die Ruybranche beträgt die Erhöhung monatlich 100 bis 250 Mark oder wöchentlich 25 bis 60 Mark, Arbeitszeit 48 Stunden. Für in Ladengeschäften tätige beträgt die Erhöhung für männliche 84 Mark, Stundenlohn 9,05 Mark, für weibliche 84 Mark, Stundenlohn 6,— Mark, Arbeitszeit 46 Stunden.

Zentralverband der Angestellten. (Metallindustrie.) Die für heute angeordnete Funktionärerversammlung findet nicht statt. Die Kollegen müssen die von der ZV einberufene Versammlung im „Bahnhof“, Fildischtr. 2-3, besuchen. **Witticherreit beendet.** Nach vier tägiger Dauer ist der Streit mit vollem Erfolg beendet worden. Die Stundenlöhne betragen ab 1. Oktober 9,30, 9,50 und 9,70 Mark. Die Hilfsarbeiter aller Gruppen erhalten 1,50 Mark Zuschlag.

Aus der Partei

U.S.P.D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Folgende freiwillige Parteibeiträge gingen bei dem Unterzeichneten ein:

- J. R. 200 Mark, C. Fab. 100, M. R. 50, W. 50, C. 2. 200, C. 2. 900, Dr. H. W. 100, Mo. De. 50, 12 Diktir, Bez. 547/548, 60, durch H. Müller 50, F. Peipe 75, R. Tige 75, R. 3. 200, H. Re. 150, D. G. 100, P. J. 900, P. S. 300, C. R. 200, W. R. 900, A. S. 300, D. W. 200, F. S. 900.

Richard Herbst, Kassierer, Breite Straße 8-9.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 7. Oktober

1. Diktir (Berlin-Mitte). Die für heute angeordnete Funktionärerversammlung findet wegen der im Gewerkschaftshaus stattfindenden Wählerversammlung am Sonntag, den 9. Oktober, vorm. 9 Uhr, bei Baum, Stallgäßchen 47, statt.
2. Diktir (Berlin-Mitte). 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärerversammlung bei Dehls, Schmeier Straße.
16. Diktir. Alle weiblichen Mitglieder werden gebeten, sich beim Freitag, um 7 Uhr abends, zu einer sehr wichtigen kurzen Besprechung Komittees Str. 2 einzufinden. Es ist unbedingt notwendig, daß die 1. und 2. Abteilung vertreten ist.

Sonntag, 8. Oktober

- Berlin-Mitte. 6 Uhr abends Funktionärerversammlung, An der Eitelauer Brücke 6 (Zentralhaus). Kommunistische Delegierte werden herzlich eingeladen.
- 16. Diktir. 7 Uhr abends in der Breite Str. 50 Diktirationskongress. Die Abteilungsleiter werden ersucht, alle Funktionäre sowie auch alle Obmänner der Kommissionen mit einzubringen.
- 7. Diktir. Abends 7 Uhr politische Verhandlung bei Carus, Kottb. 37.
- 28. Verwaltungsausschuß (Reinholdstr., Legel). Abends 6 1/2 Uhr Funktionärerversammlung im Sitzungssaal des Rathauses, Reinholdstr. 47.
- Schöneberg-Bezirk. Diktir abends bei Baum, Kottb. 47. Oberster Straße. Um 7 1/2 Uhr Zusammenkunft aller Gewerkschaften, die Plakate tragen wollen.
- Berlin. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Weidlich, Weidlichstr. 12.
- Die Jugendlichen und Schulentlassenen treffen sich bei Wallis, Nischenstr. 70 abends 7 1/2 Uhr, zu einer weiteren Besprechung und gemütlichem Beisammeln.
- Schöneberg-Bezirk. 1. Diktir. Nachm. 5 1/2 Uhr Funktionärerversammlung im Lokal von Dreumann (früher Mohse), Görtelstr. 1.

Sonntag, 9. Oktober

1. Diktir. Abteilungsleiter vormittags zwischen 9 und 11 Uhr Abrechnung der Sammelkarten zur Stichtagswahl beim Kassierer Baum, Reichstr. 13.
16. Diktir. 7. Abteilung. Nachm. 10 Uhr Flugblätterverteilung.
- Niederberlin-Korb. Nachm. 9 Uhr Diktirationskongress im Lokal von Weidlich, Weidlichstr. 12. Gebet und nach verteilten Karten. Vorhänge der Arbeiterschaft und Kassierer müssen abbrechen.
- Niederberlin-Korb. Arbeitsgebiet Berlin. Nachm. 9 Uhr Diktirationskongress in Berlin, Weidlichstr. 12. Jeder Ort des Arbeitsgebietes muß vertreten sein.

Bereinstatender

Freitag, 7. Oktober

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe Buchdruckerei. Nachm. 5 Uhr findet in der Schulstr. 10, 1. Hof, eine wichtige Gruppenversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum neuen Tarif. — Section 1, Kassierer- und Nachschichtarbeiter. Abends 6 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, Saal 19, eine Versammlung sämtlicher Hilfs- und Transportarbeiter aus den Karoffler- und Wappenhäusern statt. — Betriebsräte, Vertrauensleute und Chieftas aus allen Betrieben der Lebensmittelindustrie. Abends 8 Uhr bei Witt, Kottb. 37, Funktionärerversammlung.

Sonntag, 8. Oktober

- Soz. Arbeiterjugend Sammelkongress. Schulentlassenenkongress im Jugendheim, Gröb. 16, Beginn 7 Uhr. Die erwachsenen Genossen und ihre Schulentlassenen Kinder sind herzlich eingeladen.
- Karoffler-Gruppe, 10. Minnarsstellung. Abends 7 Uhr Jahresversammlung bei Weidlich, Weidlichstr. 12.
- Arbeiter-Nachfahrverband „Solidarität“, Ortsgruppe Spandau. Abends 7 Uhr im Schützenhaus Mitgliederversammlung.

Sonntag, 9. Oktober

- Arbeiter-Operantinnen, Gruppe Musik. Kollektiver Vortrag von 10 1/2—12 Uhr bei Krüger, Götlichtr. 10. Thema: Was bedeutet Spitzentanz, wo wird es gefeiert und was bedeutet es für den Arbeiter?
- Verband der Freiwähler Groß-Berlins. Alle Vorhänge sowie Interimisten der Freiwählervereine werden gebeten, vorm. 10 1/2 Uhr bei König, Lange Str. 53, zu erscheinen.
- Veranstaltung für Politik und Sozialismus: Leo Tischler, Berlin-Friedrichshagen, für Kommunisten, Arbeiter und Gewerkschaftliche: G. Kuback, Berlin, für den Internationalen und gewerkschaftlichen: Kuback, Berlin, Kottb. 37, Charlottenburg. — Verlagsgemeinschaft „Freiheit“, G. M. S. D., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. M. S. D., Berlin G. 2, Breite Straße 8-9.

Ulster, Paletots, Anzüge, Cutaways

Fahrgeldvergütung

Keine Lombardware

aus erstklassigen Maßstoffen
Roßhaar — Selbstverarbeitung,
prachtv. Sitz, zu 400, 500, 600 M.

Kreuzföcher Silber-, Zobel-, Alaskafüchse, Seemantele, Geh- u. Sportpelze
finden Sie konkurrenzlos billig nur im
Leihhaus Brunnenstraße 5
Am Rosenthaler Tor

Ein Erlebnisbuch für's Proletariat

MAX DORTU

WIRMÄNNER VOM STEINBRUCH



Elegant kartoniert 10.— Mark

Buchhandlung „FREIHEIT“ Berlin C 2
Breite Straße 5-9

Kreuz-Alaska-Silber, Zobel, Nottschese
Nottschese billig von 200 bis an
Skunks-Garn sehr billig
Polzfutter für Damen und Herren von 250 bis an
Felle f. Besatz amer. Op. 65, austr. Op. 110, Seal. Et. 25, biberste-fell. 45 M. an
Hemdenstoffe für Sportpelze, sehr preiswert.
Pelzwarenhaus A. Klaf & Co.
Rosenthaler Str. 40-41
an Hakenstr. Markt

Gold Silber Platin Brillanten Münzen Zahngebisse
Ankauf zum Auslandskurs
K. Kehlert, Berlin
Lothringers Str. 34

Metalldankstelle
Ostern, Gröber Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Kaufe Korbfächer
Germania-Str. Frankfurter 24. 63, Pöhlstr. 83/84

Unser großer Herbstverkauf

bietet enorme Vorteile

Sprunghaft freigen täglich die Preise!!!
Benutzen Sie daher im eigenen Interesse diese besonders günstige Einkaufsgelegenheit zur Deckung Ihres Herbstbedarfs.

Winter-Velour dunkel gemustert . Mtr. 9⁵⁰
Hemdenbarchend in guter Qualität. Mtr. 9⁵⁰
Rohkattun für Gardinen u. Vorhänge. Mtr. 5⁷⁵
Handtücher Stück 9⁵⁰

Schotten für Blusen und Kleider, doppelt-breit Mtr. 19⁵⁰
Anzugstoffe 150 cm breit, gute Strapazier-qualität Mtr. 21⁷⁵
Bluse aus Baumwollstoff, helle u. gedeckte Streifen Mtr. 27⁵⁰
Wintermantel schwere Qual., Ulsterform 129⁵⁰

Kostümrock aus schwerem Diagonalstoff mit Stopperl 39⁵⁰
Kinderkleidchen aus dunklen Velourstoffen für 1-4 Jahren 29⁵⁰
Wiener Schürze aus guten waschechten Stoffen 22⁵⁰
Stickerei-Untertaillen weiß, reich garniert 9⁷⁵

Herrn-Unterbekleidung 9⁵⁰
Knaben-Sweater 9⁵⁰
Sweater-Anzug Größe 55, Sweater u. Hose 16⁵⁰
Kinder-Reformhosen marine, gefüttert, Größe 50 14⁵⁰

Filzhüte jugendlich garniert 19⁵⁰
Toques aus kunstledernem Cylinderplüsch, helle Farben 39⁵⁰
Echte Wildlederhüte 59⁰⁰
Sammelhüte mit eleganten Garnituren 65⁰⁰

Damen-Hemden mit Languetze 24⁵⁰
Damen-Bekleidung mit Languetze 19⁵⁰
Decken 67x60 cm, vorgezeichnet, Madras oder Richelieu 12⁵⁰
Kissen 40x60 cm, mit Rückwand, vorgezeichnet 12⁵⁰

Damenstrümpfe schwarz engl. lang 5⁵⁰
Herrensocken Vignone 5⁷⁵
Perca-Vorhemden gestreift und gem. 4⁰⁵
K'seidene Shaw's extra breit, m. Streifen 14⁵⁰

Speiseteller Hartsteingut, weiß, tief und flach 1⁰⁵
Kaffeetassen mit Untertassen, weiß, Paar 2²⁵
Emaille-Wassereimer 26 cm 13⁷⁵
Küch-niampe komplett 9⁵⁰

Loewenberg & Co

Stummelstraße 86, Ecke Fontanastraße

Garderoben

für Herren und Damen wie Anzüge, Jagians, Kostüme, Kleider, Mäntel, Röcke auf bequeme und günstige Zahlungsbedingungen.
Teilzahlung

GREBLER, Weinbergsweg 4, am Rosenthaler Platz